

die skandale schützen den staat in dem sie von dessen skandalösen Charakter ablenken. das bestreiten die betreffenden herrschaften neuerdings gar nicht mehr, man kann sie aller erdenklichen vergehen bezichtigen, ohne, daß sie mit der wimper zucken. Sie nehmen klugerweise lieber in kauf, von der bevölkerung verachtet zu werden, als das System preiszugeben. Mit jedem schimpfwort, das sie der bevölkerung entlocken, haben sie die öffentlichkeit ein weiteres stück entpolitisiert.

*(Michael Scharang, Legende, S. 676;
1999 posthum)*



Der Verfassungsschutz in Thüringen

Eine Bürgerrechtskritik

INHALT:

Wer schützt uns vor diesen Verfassungsschützern? - Die letzten Jahre im Amt - Den Ideologierahmen nachliefern? - Wertesystem nicht in Ordnung - Gefährliche Interpretation - Rechte Spitzel des Verfassungsschutzes - Die Extremisten-Theorie - "Arbeitsname Angelo" - Beobachtungsobjekt IL Sabotnik - Zum Weiterlesen

Wer schützt uns vor diesen Verfassungsschützern?

Warum Auflösung die einzige Lösung für das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz ist

Die vorliegende Broschüre untermauert die Forderung von BürgerrechtlerInnen, Initiativen und Organisationen in Thüringen, dass das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz umgehend aufgelöst werden muss aus unterschiedlichen Perspektiven.

Nicht der Geheimnisverrat durch den Präsidenten und Mitarbeiter des Amtes, die im Raum stehende Veruntreuung von Mitteln im August 2000 oder der eine oder andere Skandal, sondern die grundlegend undemokratische Struktur von Geheimdiensten begründen diese Forderung. Nicht ein Präsident muss deshalb in den Ruhestand, sondern für das ganze Amt sollten umgehend Ruhestandsregelungen getroffen werden.

Als Anfang Juni 2000 der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz Helmut Roewer seinen Hut nehmen musste, war diese Broschüre schon in Planung. Ein weiterer Skandal hatte sich in die Geschichte eines VS-Landesamtes öffentlich eingeschrieben. Diejenigen, die diese Broschüre verfassen, sind Menschen, die zu denen gehören, die auf die Alltäglichkeit von Skandalen in der Arbeit von Geheimdiensten seit Jahren hinweisen und oft genug selbst Opfer seiner Arbeit und Diskreditierungen wurden.

Diese Broschüre will verdeutlichen, dass die Kette von öffentlich gewordenen Skandalen um das Thüringer Landesamt weniger über das Thüringer Amt und dessen Verfehlungen im Besonderen, sondern viel mehr über die skandalöse Arbeit von Geheimdiensten insgesamt aussagt.

Wir sind der Auffassung dass die Arbeit eines Landesamtes für Verfassungsschutz Demokratiefragen grundsätzlicher Natur berührt. Das heißt auch, dass die Arbeit des Amtes nicht nur für diejenigen von Interesse ist, die selbst durch die Arbeit des Amtes in ihren Bürgerrechten beschränkt oder öffentlich diffamiert werden.

Thesenartig lässt sich eine bürgerrechtliche Kritik am Prinzip eines institutionalisierten Verfassungsschutz folgendermaßen zusammenfassen:

1. Grenzenloser Verfassungsschutz

Einem geheim arbeitenden Verfassungsschutz sind kaum Grenzen der Ausforschung gesetzt: Der informationelle Zugriff auf den Bürger ist mit der Zulassung nachrichtendienstlicher Mittel fast grenzenlos. Damit ist der VS ein Instrument des strukturellen Grundrechtsabbaus. Es liegt in der Eigenlogik von Geheimdiensten permanent ihren gesetzlichen Rahmen zu überschreiten. Die euphemistische Bezeichnung "Verfassungsschutz" ist ein Tarnname. Auch hinter diesem schönen Schein verbirgt sich ein ganz "gewöhnlicher" Geheimdienst - mit konspirativen Strukturen und nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden, die gemeinhin als "schmutzig" gelten und - wie sie für alle Geheimdienste typisch sind - der Einsatz von Verdeckten Agenten, geheimen Informanten, Vertrauensleuten und Agents provocateurs,

Abhöraktionen gegen Oppositionelle, Observationen von politisch "verdächtigen" Personen, Infiltration missliebiger gesellschaftlicher Gruppen, Counter Intelligence Praktiken etc.

2. Unkontrollierbarkeit

Demokratie und Geheimdienste, unter welchen Tarnnamen sie auch immer geführt werden, sind grundsätzlich unvereinbar. Geheimdienste, die als Schutz der Demokratie legitimiert werden, widersprechen ihrerseits selbst dem Prinzip der demokratischen Transparenz und der öffentlichen Kontrolle: Eine solche Kontrolle kann nur höchst eingeschränkt stattfinden, gegenüber einer Institution, die geheim und abgeschottet arbeitet und zu deren auftragsgemäßer Kunstfertigkeit es gerade gehört, ihre eigenen Machenschaften zu verdunkeln. Die 5 Mitglieder der Thüringer PKK hätten hierzu viel zu sagen, würde sie diese Kontrolle ernsthaft sorgen und vor allem: Dürften sie darüber sprechen. Mit der PKK wird keine Kontrolle ausgeübt, sondern der Kreis der Geheimnisträger lediglich erweitert.

3. Der Verfassungsschutz ist "Ausdruck eines verkürzten Demokratieverständnisses" (Rolf Gössner)

Die Institutionalisierung des Schutzes der Verfassung legt die letztendliche Definitionsmacht und das Deutungsmonopol über demokratische Gesinnung in die Hand eines Amtes, statt diese im Meinungsstreit öffentlich auszuhandeln. Demokratie wird nicht in Amtsstuben gemacht und erhalten oder dort erstritten. Institutionen wie ein Geheimdienst produzieren Angst und Obrigkeitsdenken. Sie wirken Zivilcourage und eigenem Engagement für eine Demokratisierung entgegen. Sie operieren mit den Mittel der Konsens- und Kontaktschuld. Wer ähnlich denkt, wie Beobachtungsobjekte des VS oder gar solche kennt, muss sich fragen, ob er gar auch schon registriert wurde. Geheimdienste stehen in der Tradition von Spitzelei und Denunziantentum. Wir sind der Auffassung, dass durch einen Geheimdienst demokratische Kultur eher gehemmt, als gefördert wird. Demokratisierung beginnt mit einer offenen und offensiven Auseinandersetzung mit radikalen oder extremen Positionen, nicht mit der Institutionalisierung einer Auseinandersetzung. Der Schutz der Verfassung sollte Aufgabe der Bürgerinnen und Bürgern sein. Hinter der pauschalen Verteufelung jeglicher radikalen Positionen steht ein Gesellschaftsbild das eine konfliktfreie Gesellschaft phantasiert, die für uns nur in einer nichtdemokratischen Gesellschaft möglich wäre, die wir ablehnen. Hier wären in der Tat dann Institutionen eines starken Staates für das Vermeiden von Konflikten zuständig. Wir stellen dieser Sicht ein Modell der konfliktbereiten demokratischen Gesellschaft entgegen, die die eigene Verantwortung für das Austragen und Lösen

von Konflikten so wenig wie möglich an Institutionen delegiert. Wir halten die Delegation von Demokratiefragen an Institutionen für grundlegend undemokratisch. Nicht gerade demokratischer wirken diese Ämter, wenn ihre Präsidenten verkünden, sie wären dazu da "Das Volk im Auge zu behalten", wie es Helmut Roewer bei einem Vortrag im Landesamt am 13.03.00 ausdrückte.

4. Verfassungsschutz als Staatsschutz

Immer wieder tendieren die VS-Ämter in ihrer Aufgabenexegese dazu, den Schutz der Verfassung als Staatsschutz zu betrachten. Sie verwechseln ihre Aufgabe mit Aktivität für Regierungspolitik. Dies wird nicht zuletzt durch eine entsprechende Personalpolitik gewährleistet. Wir verstehen eine Verfassung als ein gesellschaftliches Regelwerk, dessen Aufgabe nur im Schutz von Menschen und Grund- und Menschenrechten begründet sein kann. Sie muss auf dieser Grundlage der fortlaufenden Erweiterung der individuellen und kollektiven Entfaltungschancen dienlich sein und ist insofern ein dauernder Auftrag an den Staat.¹ Wer Verfassungsschutz mit Staatsschutz gleichsetzt verteidigt nicht, sondern gefährdet die Verfassung.

5. Der starke Staat steht rechts und schlägt nach links

Autoritäre Maßnahmen prägen autoritäre Persönlichkeiten und dienen keineswegs der Demokratisierung. Mit dem Abbau von Demokratie wird man keine schaffen. VS-Ämter sind strukturell und traditionell rechte Organisationen. Die Ämter für VS sind, und in deren Tradition steht auch das junge Thüringer Amt, Gründungen aus der Zeit des Kalten Krieges. Dies wird durch eine entsprechende Personalpolitik², weitgehend bis heute fortgesetzt. VS-Ämter haben ihr Hauptaugenmerk seit Gründung Anfang der 50er Jahre auf der politischen Linken gehabt. Am Aufbau der Ämter in den 50ern waren noch nationalsozialistische Kader beteiligt. Nicht übersehen werden sollte, dass Politik der Inneren Sicherheit auch immer bis zu einem gewissen Grad durch Personen geprägt wird: Die Politik eines solch eigenwilligen Amtes wie eines Amtes für VS wird durch Personen gestaltet, die eigene Nuancen setzen. Roewer hat in den Jahren seiner Amtszeit antidemokratische, strukturell rechte, stark totalitarismustheoretische Haltungen innerhalb des Amtes befördert. Roewers starke Ressentiments gegen Linke, sein überhebliches Auftreten, seine vielfachen öffentlichen Auftritte und Stellungnahmen haben das Erscheinungsbild des Amtes in den vergangenen Jahren geprägt.

6. Der VS ist ein untaugliches und ineffizientes Instrument

Als "Frühwarnsystem", als das der VS immer wieder umschrieben wird, hat der Geheimdienst weitgehend versagt. Seine Diagnose- und Analysefähigkeit waren bzw. sind nicht

gerade gut ausgeprägt. Weder konnte er Spionage abwehren - im Gegenteil, er hat diese praktisch in den eigenen Reihen ermöglicht (Stasi-Agenten), noch konnte er den sog. Terrorismus voraussagen, einschätzen oder gar eindämmen, noch hat er rechtzeitig das Erstarken von Rechtsradikalismus, Neonazismus und fremdenfeindlicher Gewalt erkannt. Der VS hat die Zunahme rechter Organisationen, Aktivitäten und Angriffe nicht vorhersagen oder zurückdrängen können. Er ist insofern untauglich. Vor allem aber mangelt es ihm auch eigenständiger analytischer Fähigkeit, nach der man in den Monatsberichten suchen muss.

7. Der Verfassungsschutz ist ungeeignet, die extreme Rechte zu bekämpfen

Wissenschaft und Initiativen waren immer schneller und kompetenter darin, die Entwicklungen im rechten Lager zu skizzieren. Hinzu kommt, dass gerade der VS bis heute die organisatorischen Qualitäten rechter Organisationen leugnet oder herunterspielt, indem deren Motivlage, Quantität und Organisiertheit geleugnet wird. Während 90% der Täter in Gruppen handeln, hat die Einzeltäterthese beim VS weiterhin Hochkonjunktur. Rechte Terroroptionen wurden durch antifaschistische Recherchegruppen und nicht durch den VS prognostiziert. Dieser war erst dann zur Stelle, als die Fakten auf dem Tisch lagen in Form von Attentaten und Sprengstoffanschlägen auf dem Tisch lagen. In den Horizont unserer Kritik gehört neben der Verharmlosung und Entpolitisierung von Neofaschismus als Mode oder reine Provokation auch die als "Kumpanei mit Rechts" beschreibbare politisch-ideologische Nähe zu neurechten und neokonservativen Positionen, mit denen insbesondere das Thüringer Landesamt aufgefallen ist. Zu nennen wären hier als Beispiele dessen Äußerungen zur Wehrmachtsausstellung, zur Walsederdebatte, sowie die Stellungnahmen zu Sloterdijk, die systematische Vernachlässigung der Grauzone und des intellektuellen Rechtsextremismus.

8. Der VS leistet einen Beitrag zum Aufbau von Strukturen der extremen Rechten

Möglicherweise schadet der VS im Bereich Rechtsextremismus mehr als er nutzt. Mit der Anwerbung hochgradig krimineller Funktionäre, oder Infiltration und Provokation hat er Straftaten von V-Leuten befördert oder geduldet. Rechte Spitzel haben, wie auch Thomas Dienel in Thüringen angegeben hat, die Entgelte ihrer Tätigkeit genutzt, um die politische Arbeit zu finanzieren, als Doppelagenten (auch für die rechte Szene) gearbeitet, sie haben sich weiter vorgewagt, weil ihnen Straffreiheit zugesichert wurde oder wurden über Razzien im Vorfeld informiert, etc.

Gerade das Feld der erstarkenden Rechten dient dem VS als besondere Legitimation, auch gegenüber Linken und Linksliberalen. Wir halten eine antifaschistische, soziale und demokratisch legitimierte offene Politik, die auch die sozioökonomischen und sozialpsychischen Ursachen mit einbezieht, eher

für das richtige Mittel um die rechten Gefahren verringern, als der Einsatz einer geheimen und unkontrollierbaren Institution, die ihrerseits ein erhebliches Gefahrenpotential darstellt.

9. Ideologischer Hintergrund: Extremismus- und Totalitarismustheorien

Das ideologische Theoriehorizont der Verfassungsschutzämter ist in mehr oder weniger ausgeprägtem Maße der der Extremismustheorie, die historisch auf ihren Vorläufer die Totalitarismustheorie zurückverweist. Der sogenannte "Konsens der Demokraten" als Gründungsmythos der BRD, der nach 89 nicht zuletzt durch die Neue Rechte eine erneute Renovierung als "antitotalitärer Konsens" erfahren hat, beruht auf einer Analogiekonstruktion links=rechts und der damit einhergehenden Entpolitisierung. Der Blick auf die Extreme am Rand des gedachten politischen Spektrums ermöglicht erst die strukturelle Position der (ideologiefreien) politischen Mitte, des Konsenses der Demokraten. Damit wird der Blick auf den "Extremismus der Mitte" (undemokratische Positionen innerhalb der Mitte) verdunkelt. Die Politik der selbsternannten Demokraten wird der kritischen Auseinandersetzung entzogen, indem die Extremismustheorie die politische Mitte mit einem Verfassungsideal gleichzusetzen hilft, das sie nicht erfüllt. Unsichtbar wird hier, wie die inhaltlichen Verbindungen einzelner Projekte von ganz rechts mit der gesellschaftliche Mitte verlaufen, da eine solche Gleichsetzung links= rechts von Inhalten abstrahiert. Die Gefahr des Neofaschismus wird so relativiert, demokratische und linke Veränderungsbemühungen diskreditiert.

10. Teile der Arbeit des VS und etliche Feindbildkonstruktionen lassen sich als Legitimationen der eigenen Existenz lesen

Verfassungsschutz-Kampagnen dienen immer auch der eigenen Selbstinszenierung. Dazu gehört die Konstruktion neuer Überwachungsermächtigungen mit Kampagnen um neue Feindbilder, das der Organisierte Kriminalität (OK), der Wirtschaftsspionage, von Sekten wie den Scientologen oder das Wittern von Gefahrenpotential bei demokratischen Initiativen und Organisationen. Zunehmend ist auch der bisher eher verharmloste. Rechtsextremismus hinzuzuzählen zum Kampagnenterrain des VS. Auffällig ist, dass mit der Ausweitung von Arbeitsfeldern des VS schrittweise das Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz unterlaufen wird. Die Beobachtung der OK durch den VS, ebenso wie die von Scientology (religiöse Wirtschaftsorganisation) betrachten wir als rechtswidrige Aufgabenvermengung, weil die Bekämpfung nicht-politisch motivierter Kriminalität Angelegenheit der Polizei und der Strafverfolgungsorgane und nicht die des VS ist.

11. Verfassungsschutzberichte

Seit 1994 publiziert das Thüringer Landesamt einen Jahresbericht. Zusätzlich dazu erscheinen monatliche Berichte, die nur einer begrenzten Öffentlichkeit von Versammlungsbehörden, Bürgermeistern, Polizeidienststellen, MedienvertreterInnen und Personen des öffentlichen Lebens, als MultiplikatorInnen oder EntscheidungsträgerInnen zur Verfügung gestellt werden.

Der Titel des monatlichen Berichts "Nachrichtendienst" verweist auf das, was der Amt gerne darstellen möchte: Einen Nachrichtendienst, dem der Makel des Geheimdienstes, dessen Existenz verborgen bleiben soll, und dessen, was mit einer solchen geheim arbeitenden Behörde verbunden wird, nicht mehr anhaftet. Ein Dienst, der, die Lehre der VS-Ämter seit den 80er Jahren berücksichtigt, dass die Aufgabe eines Nachrichtendienstes auch in der Transparenz, Aufklärung und Einmischung besteht. Dabei ist das Thüringer Landesamt insbesondere durch einen Präsidenten aufgefallen, der öffentliche Einmischung liebte.

VS Ämter gelten als Gesinnungs- und Gefährdungsseismographen: Sie haben noch immer die Funktion von Großinquisitoren, denen zwar, ob des Trennungsgebots zwischen Polizei und VS, das aus der Zeit nach dem Nationalsozialismus rührt, die Exekutivbefugnisse fehlen, die aber dennoch über eine ausgeprägte Macht über Positionen verfügen. Sie vertreten Staatsmeinung in Gesinnungsfragen, dies zumindest wird in der Öffentlichkeit so rezipiert. Dementsprechend besitzen sie ein quasi natürliches Deutungsmonopol, das von Wissenschaft und Initiativen kaum durchbrochen werden kann. Wer sie kritisiert gerät schnell in den Verdacht, Staatsfeind zu sein, weil er den erwarteten Gesinnungskonsens verlässt, oder sich gar verdächtig macht, selbst etwas zu verbergen zu haben. Dabei legitimiert die transparente Linie die Arbeit des Dienstes als demokratisch und kann gleichermaßen Mittel der Politik sein. Informationspolitik ist immer auch eine der motivierten Information, insbesondere in der Tradition eines Amtes, bei dem von Zeit u Zeit die Kunst der gezielten Desinformation zum Berufsethos gehört. Eines solchen Öffentlichkeitsstrategie und die hierauf regierenden Medien, Ordnungsämter etc. haben z.B. das Klima rund um die antifaschistische Demonstration in Saalfeld massiv geprägt hat, eine Demonstration, die sich die sich Linken in Thüringen aufgrund der Hetze im Vorfeld, der zunächst verhängten Verbote und des exzessiven Polizeiaufgebotes ins Gedächtnis gebrannt hat.

Der Begriff der Verfassungsfeindlichkeit selbst, wird in den Berichten nie erläutert, sondern voraussetzungslos genutzt. Laut Ermächtigungsgrundlage in den Verfassungsschutzgesetzen ist die ausdrückliche Feststellung oder juristische Fassbarmachung von "Verfassungsfeindlichkeit" den Ämtern auch nicht zugestanden. Der Eindruck eines Rechtsterminus und davon abgeleiteter amtlicher Definitionen wird lediglich erweckt. Hinzu kommen Mechanismen, wie "Kontaktschuld" (Der Vorwurf jemand zu kennen) und "Konsensschuld" (Vorwurf der Übereinstimmung oder Sympathie mit bestimmten Positionen) und der inflationäre Gebrauch von

Begriffen, die Gewaltbereitschaft signalisieren sollen. Einerseits wird mit den Berichten der Eindruck juristischer Verlässlichkeit produziert, andererseits werden aber juristisch fassbare Begriffe mittels Einstreuen populärwissenschaftlicher Wörter gezielt vermieden. "Rechtlich bedenklich daran ist, dass diese Feindbestimmung als amtlich erscheint, aber im Bewusstsein der Leser suggestiv erfolgt, damit nicht transparent ist und im übrigen – "naturgemäß" - nicht in einem öffentlichen Verfahren nachgeprüft, bzw. angefochten werden kann."³ Gerichtsfest, oder nicht: Zum Diskreditieren taugen sie alle mal.

Perspektive

Die AutorInnen der Broschüre eint eine Einsicht: Sie halten Geheimdienst jeglicher Art und im Dienste jeglicher Länder und Regimes für überflüssig und gefährlich. Sie sind der Auffassung, dass der Verfassungsschutz nicht die Grund- und Menschenrechte schützt, sondern sie systematisch bricht. Dies aufgrund seiner Struktur und seiner politischen Ausrichtung.

Hinter dieser Ansicht steht das Ideal einer geheimdienstfreien Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der grundrechtliche Über-einkünfte, nennen wir sie Verfassung, durch aktive und informierte BürgerInnen und nicht durch einen Spitzeldienst entgeltend und im geheimen arbeitenden Geheimdienst geschützt werden. 1989 wurde ausgehend von der Erfahrungen aus der DDR mit der Stasi von einer breiten Bewegung eine geheimdienstfreie Gesellschaft gefordert. Hintergrund war auch, dass über den staatlichen Umbruch so viel internes Wissen über den Geheimdienst bekannt wurde, wie über keinen anderen. Heute ist die Forderung dagegen weitgehend verhallt. Das Thüringer Verfassungsschutzgesetz (ThürVSG) und der Aufbau eines Thüringer Landesamtes seit 1992 traf nur noch auf schwachen Protest.

Wir sind uns einig: Der Verfassungsschutz schadet mehr als er nutzt, dass die Behörde den Gegenbeweis nicht antreten kann, weil sie im geheimen arbeitet, ist eine Problematik der sie sich stellen sollte. Wir dagegen haben uns gefragt, wie jenseits des abstrakten Bezugs auf die Aktivität aller gewährleistet werden kann, dass Grund- und Bürgerrechte ohne einen VS geschützt werden. Wir denken dabei eher an Instanzen einer öffentlichen Beobachtung, Analyse und Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungen, Strömungen und Motivlagen, sowie an explizite politische Gegenstrategien, eine radikale Demokratisierung und die Unterstützung von Alternativen zu undemokratischen Haltungen und Organisationen.

Unser positiver Bezugspunkt ist wie der des Verfassungsschutz die "Demokratie". Im Gegensatz zum VS aber sind wir der Meinung, dass Demokratie sich nicht institutionalisieren und nicht festschreiben lässt. Sie kann nicht von Behörden verwaltet oder geschützt werden. Vielmehr ist Demokratie wie ein normatives Ideal, etwas immer zu Errin-

gendes, ein immer unvollendetes Projekt. Keinesfalls existiert ein gesellschaftlicher Ort, der die Demokratie gepachtet hat. Insofern weisen wir den Blick, der formal in Mitte und Extreme trennt zurück, zugunsten einer Sicht, die fragt, welches Motivation und welches Handeln antidemokratisch und antiuniversalistisch sind und welche Motivationen und Handlungsweisen solchen antidemokratischen und antiuniversalistischen Orientierungen entgegenstehen. Diese sind unserer Auffassung nach besonders zu stärken. Die interessante Frage, nach Motivation und Handeln von Gruppen, muss daher auch für die sogenannte Mitte angewendet werden. Ergebnis wird sein, dass es die inhaltlichen Bezüge sind, die erklären, warum gesellschaftliche Phänomene, wie der heute erstarken Neofaschismus entstehen. Hier wird deutlich werden, so glauben wir, dass es Weltbilder gibt, die Mitte und Rechte miteinander teilen. Solche Orientierungen müssen bekämpft werden, dies im nicht mit repressiven Maßnahmen, sondern eigener politischer Einmischung. Wir werden deshalb auch weiterhin in Grund- und Bürgerrechtsfragen, antirassistischen und antifaschistischen Projekten, linken und kritischen Initiativen zu Wort melden und einmischen. Und: Wir werden den Verfassungsschutz weiter beobachten.

¹ Das Verfassungsdenken des Grundgesetzes will der Gesellschaft und dem Staat mit drei Ansprüchen entgegentreten. Es will, - soweit es das kann- den permanenten demokratischen Willensbildungsprozess initiieren und organisieren, es will zweitens diesen Prozess dahin eingrenzen, daß es unmöglich gemacht wird, mit formaldemokratischen Mitteln die Demokratie selbst zu bekämpfen und es will drittens durch seinen Grundrechtsteil den Schutz und die stetige Erweiterung der individuellen und Kollektiven Entfaltungschancen der Bevölkerung garantieren. In diesem Sinne ist das Grundgesetz ein dauernder Auftrag an den "Staat". Weil es sich selbst als Rechtsnormensystem versteht, weiß es darum, daß es mit der sozialen Realität und des Staates und seiner Institutionen aber auch der Wirtschaft und Gesellschaft nicht identisch sein kann. Es will die Gesellschaft, Staat und Wirtschaft durchdringen und ist sicher der Gefahr bewußt durch dies soziale Realität selbst bedrängt, eingeschränkt und verändert zu werden. (Vgl. Wolfgang Abendroth "Wer schützt die Verfassung?", in: Kutscha, Paech u.a. "Im Staat der "Inneren Sicherheit"", Röderberg, Frankfurt/M:1981, S. 187.)

² Vgl. auch "Lippert will Kritiker kaltstellen", TLZ

³ Arnd Hochhuth "Die Verfassungsschutzberichte" in Kutscha, Paech, Röderberg, FFM, 1991, S. 94ff..

Die letzten Jahre im Amt

Februar / März 1998 - Die Tageszeitung "Neues Deutschland" titelte am 10. Februar "Verfassungsschutz schürt Demohysterie". Grund: Der Präsident des Thüringer Landesamtes für den Verfassungsschutz Helmut Roewer äußerte sich zu einer von DGB, PDS, Grünen und verschiedenen antifaschistischen Initiativen für den 14. März in Saalfeld angemeldeten Demonstration "Gegen jeden rechten Konsens", wonach Informationen vorliegen würden, daß "gewaltbereite Demonstranten aus dem linksradikalen Spektrum" teilnehmen werden. In Saalfeld initiierten daraufhin CDU-Politiker eine Unterschriftenaktion gegen die antifaschistische Demonstration, der auch an Saalfelder Schulen durch Lehrer verbreitet wurden.

April 1998 - In den monatlichen Berichten des Thüringer Verfassungsschutzes wird Julika Bürgin, Vorsitzende des Flüchtlingsrates, als Anmelderin einer Demonstration "Gleiche Rechte! Stopp Diskriminierung von Flüchtlingen" namentlich genannt. Der Grund bei der Demonstration waren "Autonome" dabei. Offizieller Sprachgebrauch: "Autonomendemo".

Juli 1998 - Der Thüringer Verfassungsschutz hat eine undichte Stelle in der Gauck-Behörde genutzt, um an interne Informationen zu kommen – die Behörde, die die Spitzlei des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR aufarbeiten soll, wird selbst Opfer geheimdienstlicher Spitzlei.

Oktober 1998

Ein Jenaer Jugendpfarrer wird durch den Verfassungsschutz im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Demonstration Eskalationsabsicht unterstellt.

Januar 1999 - Auf einer Podiumsdiskussion vor Jugendlichen in Jena äußert sich Roewer über die Ursachen des erstarkten Rechtsextremismus bei Jugendlichen: "Sie sollten mal fragen, was sich für die meisten Menschen mit dem Dritten Reich noch verbindet ... Eine richtige Schlußfolgerung kann ein ganz normaler Mensch nur dann ziehen, wenn man ihm sagt, was passiert ist und zwar die schlechten und die guten Seiten." Der auf der Podiumsdiskussion ebenfalls anwesende Brandenburger Kriminologe Bernd Wagner spricht von einem "Bruch des demokratischen Konsens", die Vertreterin der jüdischen Gemeinde Berlins, Anette Kahane, bewertet Roewers Äußerungen als "Parteinahme für die Rechtsextremisten."

September 1999 - Das Thüringer Verfassungsschutz hat angegeben, einen Artikel des rechtskonservativen "Arbeitskreises Christlicher Publizisten" (ACP) "sachlich korrigiert und bearbeitet" zu haben. Der ACP – der einen Artikel in seiner hauseigenen Publikation als einen Beitrag des Thüringer Landesamtes für den Verfassungsschutz ausgewiesen hatte – übt sich seit 1971 darin, den Rechtsextremismus zu verharmlosen und salonfähig zu machen.

Oktober 1999 - Die Erfurter Soligruppe "Freiheit für Mumia

Abu-Jamal" findet Erwähnung im Bereich des Linksextremismus. Der erhobene Vorwurf: sie bereiten einen Aktionstag in Erfurt im November vor.

November 1999 - Die Ausstellung "Vernichtungskrieg 1941 – 1994 – Verbrechen der Wehrmacht" wird in der VS-Publikation Nachrichtendienst als "unhaltbare Ausstellung" bezeichnet. Roewer in einem TLZ-Interview: "Unter Jugendlichen ist es geradezu ‚in‘ geworden, Rechts zu sein." – Rechtsextremismus ein Kultureller Code? Ein weiterer Punkt Rechtsextremismus verharmlosenden Äußerungen Roewers Verharmlosung

Dezember 1999 - Der Verfassungsschutz verweigert die Aussage über die Anzahl eingesetzter V-Leute mit dem Hinweis auf ein vermeintliches "Staatsgeheimnis"

Januar 2000 - Nach einem Farbbeutelanschlag auf das Innenministerium sieht sich das Landesamt in seiner Auffassung bestätigt, daß in Thüringen militante Linksextremisten ihr Unwesen treiben. Ihr Zahl gibt Roewer erst einmal mit 200 bis 300 an. Der Anschlag wurde nie aufgeklärt.

Februar 2000 - Der Verfassungsschutz bestätigt die Anwerbung von mehreren politisch aktiven Kurden in Erfurt. Diese gaben an, auf der Straße, zu Hause und telefonisch angesprochen worden zu sein. Ihnen wurde für eine Zusammenarbeit Geld und die Asylankennung in Aussicht gestellt.

März 2000 - Roewer hält im Amt einen Vortrag über den Rechtsextremismus in Thüringen, Kleine Kostprobe "Rechtsextremismus und Antifa sind in Thüringen untrennbar wie siamesische Zwillinge". Auch hier als Ursache für Rechtsextremismus: Wissensdefizit und Provokation - er stellt fest, daß es so etwas wie einen ideologiefreien Rechtsextremismus gibt

April 2000 - Jahresbericht 1999 wird vorgestellt. Eine Protestaktion gegen den Auftritt des ehemaligen NPD-Funktionär und Nation&Europa-Autors Dehoust findet Erwähnung in der Rubrik Linksextremismus. Der Auftritt selbst bleibt hingegen völlig unerwähnt.

Juni 2000 - Am 7. Juni wird bekannt, daß der bekannte Thüringer Rechtsextremist Thomas Dienel als Informant für den Thüringer Verfassungsschutz tätig war. Sein Lohn 25.000 DM – nach eigenen Aussagen haben rechtsextremistische Strukturen nicht nur durch dieses Geld von der Zusammenarbeit profitiert. Am 8. Juni wird Helmut Roewer als Präsident suspendiert. Die Arbeitsweise des Amtes wird durch den früheren Rechtsanwaltes des Thüringer Verfassungsschutzes "unabhängig" untersucht.

Juli 2000 - Der erste Monatsbericht ohne Roewers Rubrik "Der Monat im Amt" erscheint.

Den Ideologierahmen nachliefern ?

Wegschauen, verharmlosen, belohnen – Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und die extreme Rechte

Am 13.03.2000 hielt Helmut Roewer vor JournalistInnen und MultiplikatorInnen im Landesamt einen Vortrag im Landesamt. Der Titel: "Rechtsextremismus in Thüringen – Akteure, Aktionen, Ursachen, Bekämpfung, Ausblick". Dort konnten die erstaunten Anwesenden folgendes vernehmen: "Ideologietheoretische Ansätze sollen bei den folgenden Ausführungen indessen nur am Rande eine Rolle spielen; dies aus einem einfachen Grund: Es besteht nämlich die nicht wegzudiskutierende Gefahr, dass die Behörden, die mit der Bekämpfung beauftragt sind, den Betroffenen den Ideologierahmen nachliefern, zu dessen erdenken sie selbst nicht in der Lage sind."¹

Ob die ideologisch schlecht Bewanderten im Saal saßen, und so in den Genuss einer instruktiven Nachhilfestunde hätten kommen können, war dem Äußeren des Publikums nicht zu entnehmen. Keine/r trug die "offen zur Schau getragene Gewaltbereitschaft, durch quasi militärische Kleidung" oder machte "mit dem bekannten extremen Kurzhaarschnitt auf sich aufmerksam", einem Äußeren, bei dem – wenn es in Gruppen auftritt - das Thüringer Innenministerium rät "Nicht wegsehen! Notfalls die Polizei rufen"². Bei ihnen könnte es sich um die ideologiefreien Rechtsextremisten handeln, die so Roewer durch die "nahezu völlige Abwesenheit von politisch-ideologischen Ansätzen"³ auffallen und deren "ideologischer Ansatz in erster Linie die Aktion ist".⁴

Dass man nicht viel wissen muss in einigen Zirkeln der zunehmend alltagskulturell verankerten extremen Rechten, dürfte aus Presse Funk und Fernsehen wohl bekannt sein, dass aber extreme Rechte keine ideologischen Fundamente besitzen, die sie von Nicht-Rechtsextremen unterscheiden, führt die Titulierung ad absurdum. Ideologische Zuordnungen und nichts anderes bieten auch dem VS die Grundlage die Unterteilung vorzunehmen.⁵

Doch nicht genug, der betont theorieabstinente Vortrag überrascht mit der Benennung von "Erziehungs- und Ausbildungsmangel" als einer der Ursachen denn: "der Name Hitler ist in diesem Zusammenhang längst nicht allen geläufig."

Dass es solche Rechten gibt, kann mit gesundem Menschenverstand bestritten werden, der Nationalsozialismus als historischer Bezugspunkt ist von der extremen Rechten in der Bundesrepublik nicht wegzudenken. Welche Motivlagen aber den Aktionen derjenigen "Rechtsextremisten" zugrunde liegen, deren "ideologischer Ansatz in erster Linie die Aktion ist", dem versäumt das Amt seit seiner Entstehung nachzugehen. Genannt werden: Provokation, Wissensdefizite, ein Erziehungs- und Ausbildungsdefizit⁶ (Vortrag). Manchmal auch erscheint der Rechtsextremismus auch schlicht als eine Modeerscheinung⁷. Der im Auftrag des Heron Verlages produzierte Film: "Jugendlicher Extremismus in der Mitte Deutschlands – Szenen aus Thüringen" verweist ebenfalls auf Bildungsdefizite als Ursachen um kurz darauf einem kurzen Insert über den Nationalsozialismus wenig instruktiv festzu-

halten, dass die Deutsche Jugend verführt wurde (statt ideologische Grundlagen zu nennen) und der Bombenterror viele Opfer gefordert habe. Die Opfer der deutschen Verbrechen, erscheinen nicht als millionenfach Getötete, vielmehr wird angemerkt, dass die Deutschen noch lange unter den Vorwürfen leiden werden.

Das Landesamt hat in bezug auf seine Bewertung der Geschichte des Nationalsozialismus bereits einen Skandal hinter sich. Auf einer Podiumsdiskussion vor Jugendlichen in Jena äußert sich Roewer über die Ursachen des Rechtsextremismus bei Jugendlichen: "Sie sollten mal fragen, was sich für die meisten Menschen mit dem Dritten Reich noch verbindet ... Eine richtige Schlussfolgerung kann ein ganz normaler Mensch nur dann ziehen, wenn man ihm sagt, was passiert ist und zwar die schlechten und die guten Seiten." Der auf der Podiumsdiskussion ebenfalls anwesende Brandenburger Kriminologe Bernd Wagner spricht von einem "Bruch des demokratischen Konsens", die Vertreterin der jüdischen Gemeinde Berlins, Anetta Kahane, bewertet Roewers Äußerungen als "Parteinahme für die Rechtsextremisten." Mit der Äußerung erfüllt Roewer ein Kriterium des Amtes für Rechtsextremismus: "Hervorhebung angeblich positiver Elemente des Dritten Reiches".⁸

Durch rechte und gar strukturell antisemitische Argumentationen ist das Amt auch im Zusammenhang mit Äußerungen zur Wehrmachtsausstellung, zur "Walserdebatte" und zu Sloterdijk aufgefallen. Das vorläufige Ende der Wehrmachtsausstellung kommentiert das Amt (Nachrichtendienst 11/99) mit: "Das Aus der "Wehrmachtsausstellung" ist überfällig." Die Ausstellung gilt dem Schreiber als "unhaltbare Ausstellung", gegen die er die Anklage erhebt mit der Feststellung, hier hätten polnischen und ungarischen Historiker Einspruch gegen "die übermächtige westliche Geschichtsbetrachtung" erhoben. "Hierzu gehört auch, so abwegig es klingen mag, dass nicht alle Verbrechen den Deutschen gehören." Die Figur der Übermächtigkeit wie auch die erfreute Feststellung, dass auch andere Länder Verbrechen begangen haben, ist aus rechten Publikationen nicht unbekannt. Ähnlich strukturell antisemitisch argumentiert das Amt auch im Bericht 09/99. Dort fragt der "Monat im Amt" "Das Ende der Nazi-Keule?", bezogen auf die Diskussion um Walsers Äußerungen in seiner Friedenspreisrede des deutschen Buchhandels. Man wendet sich gegen die "Empörungspostel", gegen das "Nicht-denken-und-nicht-aussprechen dürfen". Der Konsens wird gegen Bubis hergestellt und dieser zum Störenfried der Erinnerung: "kaum einer merkte was, bis sich Bubis zu Wort meldete". "So wurde denn auch sogleich Walser von den einschlägigen Medien pflichtschuldigst in die Nazi-Ecke transportiert", so das Amt. "Man wird in absehbarer Zeit den Nazi-Vorwurf als Narretei begrinsen, als guten etwas dümmlichen alten Bekannten. Bis dahin allerdings, wird es noch manchen Rückfall geben." Weitergeführt wird die Figur

“Nazi-Vorwurf” zurückzuweisen in der Debatte um die Kritik an Sloterdijk(9/99). “es wird diskutiert, wie lange man sich diese Scheindebatten noch gefallen lassen soll”,so das Amt.

Rassistische Übergriffe werden in den Berichten des TLFV selten genannt. Insgesamt hat das Amt die tatsächliche Gefahr rechter Angriffe nie bilanziert oder prognostiziert. Dies war immer den Betroffenen oder antifaschistischen Initiativen überlassen. Erst nachdem ein Gewerkschaftsfunktionär der auf den Internetseiten Kameradschaft Gera mit Berufsangabe und Foto veröffentlicht nachdrücklich bei der Polizei darauf hinweist, beschäftigt sich ein Artikel im Monatsbericht mit den Anti-Antifa Aktivitäten der militanten rechten Kameradschaft, eine öffentliche Gefahrenanalyse fehlt bis heute. Von den vielen Angriffen auf Hochschullehrer, Schauspieler, auf unzählige Flüchtlinge, Antifaschistinnen und alternativ aussehende Jugendliche ist in den Berichten nichts zu finden. Die Qualität rechter Organisierung, die bis hin zu Sprengstoffanschlägen und Attentaten reicht, wurde vom Thüringer VS nie genannt. Was seit den Sprengstofffunden in Jena, dem Abtauchen der drei Bombenbauer und dem Sprengstoffanschlag auf einen kurdschen Imbiss in Jena offenkundig ist, wurde durch das TLFV nie bewertet. Im Gegenteil die Bombenbauer von Jena gehören zu denjenigen, die Roewer als diejenigen bezeichnet, “deren ideologischer Ansatz in erster Line die Aktion ist.”

Vollständig ignoriert der Thüringer VS die Grauzone rechts-extremer Organisationen. Was AntifaschistInnen aber auch anderen Landesämter oder dem Bundesamt für VS bedenklich erscheint, wie die Artamanen, der Bund freier Bürger, die Deutsche Burschenschaft, das Vertriebenenorganisationsspektrum oder der rechte esoterisch-philosophische Arun-Verlag des ehemaligen Wiking Jugendmitglieds Falko Björn Ulbrich ist es für das Thüringer Amt noch lange nicht. Vielmehr wird beispielsweise ein Werk des rechten italienischen Philosophen Evola des letztgenannten Verlages rezensiert, ohne auf dessen rechten Hintergrund zu verweisen. Der Thüringer VS kennt keine Grauzone, weil er sie nicht erkennt.

Unbenannt bleiben auch die zahlreichen Bestrebungen der extremen Rechten auf alltagskulturell breitere Schichten Einfluss zu nehmen. Dass dies in der Dark Wave Szene geglückt ist, macht sich seit Jahren auch in Thüringen bemerkbar, Konzerte werden vom Amt jedoch nicht benannt. Auch eine breitere Darstellung der NS-Black-Metal-Szene und deren Vernetzung mit der Skinheadszenen auf die AntifaschistInnen bereits lange hinweisen, erfolgt erst, nachdem Medien und Antifaschistinnen das Thema schon lange öffentlich gemacht haben. Auch hier kann man keinesfalls auf eine eigene Analyse hoffen, der Monatsbericht (11/99) verblüfft durch alternative Theorien, die insbesondere der “linksextremistischen” Publizistik entnommen wurden.

Die Feststellung Roewers “Rechtsextremismus und Antifa sind in Thüringen siamesische Zwillinge”⁹ verweist auf die im Amt stark ausgeprägte extremismustheoretische Linie von Backes und Jesse, die nicht müde werden, antifaschistischen Initiativen oder den 68ern die Schuld für extrem rechte Umtriebe zuzuschreiben. Wo extremismustheoretisch kon-

krete Motivation und konkretes Handeln nicht genannt werden, sind schnell alle Katzen grau und diejenigen, die zivilcouragiert gegen rechts aktiv sind, werden zu Extremisten, zum eigentlichen oder gar ursprünglichen Problem. Vielleicht sogar zum schwerwiegenden, wie der Titel “Nazis raus – Wo Dumme Sprüche klopfen in ist, ist aufs Maul hauen Toleranz” des Monatsberichtes (2/00) andeutet.

Während sich AntifaschistInnen oder KritikerInnen des Amtes in Rubriken wie “Der Monat im Amt” (Rowers Kolumne) vielfältigen und nicht immer nur polemischen Angriffen ausgesetzt sehen, wie beispielsweise die Uni Erfurt, die zuvor den VS kritisiert hat und feststellte, Thüringen drohe verstärkt zu einem Aufmarschgebiet der Rechtsextremen zu werden, dafür kritisiert, dass sie den Genitiv falsch benutzte (00/00), müssen dies die Apologeten der Rechten kaum ertragen. Sie sind kaum Thema. Im Gegenteil (Monatsbericht 11/99): “Jena, Junge Gemeinde. Diesmal sind es 25 Jugendliche von rechts, die Eintritt verlangen. Die Polizei stellt sich dazwischen.” Die JG Jena wurde zuvor vermehrt zum Angriffsziel rechtsextremer Angriffe. Rechte Organisationen, wie die Thüringer NPD-Struktur, die bundesweit als eine derjenigen gilt, die einen aus taktischen Gründen weicheren Kurs nicht mitmachen würde, da sie sich maßgeblich aus THS/Kameradschaftsstrukturen zusammensetzt, werden im Monatsbericht 5/00 in Schutz genommen “Falls Swierczek” der zuvor mit dem Satz “Bessere Tage, wie wir sie schon einmal in unserem Land hatten , werden wiederkommen” im Rahmen einer Demonstration zitiert wurde “mit diesen besonderen Tagen, die wiederkommen würden, das Dritte Reich meint, dürfte er wohl auch über die Zielfunktion des Anmelders, der NPD hinausgegangen sein.”

Im Februar 2000 verkündet die Südthüringer Zeitung , das Haus- und Hoforgan des Thüringer Landesamts anlässlich einer breiten antifaschistischen Demonstration in Eisenach gegen das dort stattfindende Burschenschaftstreffen “Beobachter” würden Angriffe auf das Wohnhaus von Innenminister Christian Köckert während einer antifaschistischen Demonstration nicht ausschließen. Eine Veröffentlichung, die das antifaschistische Vorhaben diskreditiert und das breite Bündnis spalten könnte.

Während wegsehen, ignorieren, nicht-problematisieren und gar abwiegeln und verharmlosen die im Amt die Regel ist, wird die Zusammenarbeit mit einem führenden Neonazi wie Thomas Dienel als skandalöse Ausnahme dargestellt. In der Diskussion um die Anwerbung von ist durch VS und Innenministerium immer wieder festgestellt worden, dass die Anwerbung von spitzeln im § 6 ThürVSG eine Rechtsgrundlage habe und dass natürlich auch Rechtsextreme angeworben würden. Die alarmierte Reaktion der Öffentlichkeit auf das Bekanntwerden der Anwerbung dieses als extremem Antisemiten bekannten Neonazis, zeigt, dass eine Sensibilität für Problem gibt. Die Gefahr, dass die Entlohnung des Spitzels der Arbeit der extremen Rechten zugute kommen könnte, versprochene Verfahrenserleichterungen oder Warnungen vor Razzien dazu führen könnten, möglicherweise staatlich geduldet Straftaten zu begehen und damit die rechte Szene infrastrukturell zu stützen, ist nicht auszuschließen. Was tatsächlich abließ werden wir nie erfahren, so ist durch die

Struktur des Geheimdienstes, Geheimhaltungsvorschriften und die Unmöglichkeit der Kontrolle vorprogrammiert. Zu erahnen ist aber, dass diese skandalösen Ereignisse keinen Einzelfall darstellen, sondern Teil der verfassungsschutzzeitigen Funktionslogik sind.

Barbara Schäuble

¹ Vortragsmanuskript des am 13.03.2000 gehaltenen Beitrages, S. 1.

² Flugblatt des Thüringer Innenministeriums "Keine Chance des Rattenfängern", in Verbindung mit den Polizeidirektionen Erfurt, Gera, Gotha, Jena, Nordhausen, Saalfeld, Suhl und dem TLKA, 2000.

³ Vortragsmanuskript des am 13.03.2000 gehaltenen Beitrages, S. 2.

⁴ Ebd.

⁵ Zu den Grundelemente des ideologischen Hintergrundes rechtsextremistischen Denkens gehört nach dem Jahresbericht des TLfV: "überzogener, häufig aggressiver Nationalismus", "völkischer Kollektivismus", "völkische Ideologie", "Rassenideologie", "Fremdenfeindlichkeit", "Rassismus", "Antisemitismus", Leugnung der Verbrechen des NS, "Hervorhebung angeblich positiver Elemente des Dritten Reiches", Verteidigung oder Verherrlichung des NS" S. 18 f., hrsg. TIM, 1999.

⁶ Vortragsmanuskript des am 13.03.2000 gehaltenen Beitrages, S. 2.

⁷ Ostthüringer Zeitung, 23.11.1999.

⁸ Jahresbericht des TLfV 2000, TIM, S. 19.

Wertesystem nicht in Ordnung

Einen aufschlußreichen Blick in Denkstrukturen im Thüringer Verfassungsschutz gewährt die Monatszeitschrift "Nachrichtendienst", die in einer Auflage von dreihundert Exemplaren an einen handverlesenen Kreis von Adressaten in Politik und Verwaltung verteilt wird. In diesen Heften offenbaren sich alarmierende Orientierungen, die sich nicht darin erschöpfen, daß die Kritik an Martin Walsers unsäglich Friedenspreisrede und an den Menschenzüchtungsphantasien eines Peter Sloterdijk in einem Rundumschlag als "Nazi-Keule", geschwungen von "Empörungs-Aposteln", diffamiert wird.¹ Beachtenswert sind auch die Rezensionen. Die Chance, im "Nachrichtendienst" rezensiert zu werden, haben viele Bücher: Autobiographien von Egon Krenz, Oskar Lafontaine und Marcel Reich-Ranicki finden sich ebenso wie der historische Roman "Stieber" und das Vorlesungsverzeichnis der Universität Jena. Und obwohl man sich fragt, ob die Besprechung dieser Titel genuine Aufgabe des Verfassungsschutzes sind, kommt es viel schlimmer. Da schreibt Rezensent St. S. über die Biographie des Wehrmachtsgenerals Keitel, deren Herausgeber Werner Maser sei "ein ausgewiesener Kenner des Dritten Reiches ..., der in schöner Regelmäßigkeit lesenswerte Bücher zum Thema vorlegt".² Nun hat jener Maser auch 1994 ein Buch zum Thema vorgelegt: "Der Wortbruch". Darin kommt der ausgewiesene Kenner zu der Ansicht, daß die sogenannte Präventivkriegsthese, die Annahme also, Hitler sei mit seinem Angriff auf die Sowjetunion nur einem "Vernichtungskrieg" der Roten Armee gegen Deutschland zugekommen, "zweifelsfrei belegbar" und "nachgewiesen" sei. Dieser Argumentation hatte sich schon die Nazi-Propaganda zur Rechtfertigung des Angriffs bedient, nach dem Krieg war sie von alten und neuen "Kameraden" eifrig aufgewärmt worden. Unter seriösen Historikern gilt sie nichts und das Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnet die Leugnung der deutschen Kriegsschuld nicht etwa als "lesenswert", sondern als "revisionistische Agitation" bzw. als "zeitgeschichtlichen Revisionismus".³ Aber das scheint sich noch nicht bis ins Thüringer Landesamt herumgesprochen zu haben.

Rezensent H. E. mutmaßt gar, in Deutschland könne "am

Wertesystem der Gesellschaft etwas nicht in Ordnung sein". Grund dieses massiven Vorwurfs: Der Militärhistoriker Franz W. Seidler werde wegen der "Publikation historischer Quellen" nicht nur durch "prügelnde Antifas, Bundestagsanfragen ..., Mobbing" und linke Medien in einem "Kesseltreiben" stigmatisiert, sogar Kollegen hätten sich von ihm distanziert.⁴ Nun publiziert der emeritierte Seidler, der bis 1998 an der Bundeswehr-Universität in München lehrte, nicht nur "historische Quellen", sondern äußert in seinen Schriften Verständnis für die Kollaboration mit den Nazis, während er Widerstand als Opportunismus und Wehrmachtsdeserteure als Feiglinge denunziert. Angesichts der Verbrechen der Deutschen im rassenideologisch motivierten Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion macht er die menschenverachtende Frage "Waren alle Hinrichtungen wirklich mit dem Völkerrecht unvereinbar?" zum Hauptproblem.⁵ Kollegen distanzieren sich von ihm, als sein Auftritt bei einem "Winterkolleg" rechtsextremer Burschenschaftler im Februar 1998 bekannt wurde.⁶ Doch auch das scheint man beim Thüringer Verfassungsschutz nicht zu wissen. An der "Zuverlässigkeit" des von ihm besprochenen Buches von Seidler gebe es, so H. E. weiter, "im Übrigen keinen Zweifel". Gemeint ist Band II von "Kriegsgreuel der Roten Armee", ein Machwerk, das im dubiosen "Pour le Merite-Verlag" erscheint. Bereits in der Rezension von Band I hatte H. E. formuliert: "Die Dokumente der Wehrmacht-Untersuchungsstelle belegen jeden der Vorwürfe zuverlässig".⁷ Akten der Untersuchungsstelle beim Oberkommando der Wehrmacht, das sind Seidlers einzige Grundlagen, wobei er sogar die alten Einleitungstexte, in typischem Nazi-Jargon verfaßt, wörtlich und unkommentiert übernimmt - nach H. E. "zweifelsfrei zuverlässige Quellen".

Rezensent M. P. übt bei der Besprechung von "Der Nasenring" milde Kritik am Autor, dem neurechten Ideologen Armin Mohler, meint jedoch, das einige der Befunde Mohlers "zum Thema Vergangenheitsbewältigung des Dritten Reiches" zutreffend seien.⁸ Er konkretisiert: "Der Verweis auf den überdehnten Antifaschismus-Begriff, die bisweilen anzutreffende Hysterie, die Sensationssucht der Medien, rituelle

Erstarrung des Gedenkens, sentimentale historische Verkürzung und fehlende Nüchternheit sind richtige Beobachtungen“.

Eindeutiger Geschichtsrevisionismus gilt als “lesenswert”, für die Diffamierung des Antifaschismus durch rechte Autoren findet man zustimmende Argumente und betreibt ihn selbst ungeniert, propagandistisch eingefärbte Berichte einer NS-Institution werden als “zweifelsfrei zuverlässige Quellen” zur Geschichte des Krieges gegen die Sowjetunion eingeschätzt und am “Wertesystem der Gesellschaft” gezweifelt, weil Historiker sich von einem Nazi-Apologeten distanzieren - das sind Gründe genug, am “Wertesystem” etlicher Angehöriger des Thüringer Verfassungsschutzes zu zweifeln! Wie derart geprägte Mitarbeiter die Verfassung wirklich schützen wollen, bleibt ihr Geheimnis.

Stefan Wogawa

Gefährliche Interpretation

Rechtsextreme Vorfälle in der Bundeswehr beschäftigten ab 1997 verstärkt die Öffentlichkeit. Soldaten hatten Ausländer zusammengeschlagen und rechte Parolen skandiert, auf einem Truppenübungsplatz wurden Videos über Hinrichtungen, Folter und Vergewaltigung gedreht und es wurde bekannt, daß der Neonazi und wegen eines Sprengstoffanschlages verurteilte Terrorist Manfred Roeder, nach Ansicht der Frankfurter Rundschau “einer der namhaftesten und fanatischsten Akteure der rechtsextrem-neonazistischen Szene”, 1995 als eingeladener Referent einen Vortrag an der Hamburger Führungsakademie, der höchsten Bildungseinrichtung der Bundeswehr, gehalten hatte.¹

Solche rechtsextremen Vorfälle gab es auch in Kasernen in Thüringen. Im Mai 1997 zeigten vier Soldaten in der Kyffhäuser-Kaserne in Bad Frankenhausen den “Hitlergruß”, riefen “Sieg Heil” und “Heil Hitler”. In der Kaserne wurden rechtsextreme Lieder abgespielt und gesungen, ein Soldat hatte mehrere Fotos mit Scheinhinrichtungen aufgenommen. Im August 1997 verteilte ein Soldat dort rechtsextremes Propagandamaterial. In einer Erfurter Kaserne betrat ein Soldat monatelang Dienstzimmer mit dem Ruf “Sieg Heil”. Ein anderer Soldat hatte sich Runen der SS in den Arm tätowiert, gegen zwei weitere wurden Verfahren wegen rechtsextremer Äußerungen in Uniform eingeleitet.²

In einem Zeitungsinterview äußerte daraufhin der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, die Ansicht, “junge, ungefestigte Rechtsradikale, die als Wehrpflichtige in die Armee kommen, wollen hinterher mit der rechten Szene oft nichts mehr zu tun haben” - er habe aber Zweifel, ob diese positive Entwicklung anhalte.³ In einer internen Einschätzung in der vom Thüringer Verfassungsschutz herausgegebenen Zeitschrift “Nachrichtendienst” wurde man noch weitaus deutlicher. In der Rubrik “Der Monat im Amt” wird dort unter dem Datum 7. Mai 1998 (wahrscheinlich von Roewer selbst) ausgeführt: “Gespräch mit dem Standortältesten, Oberst Kuhn. Erneute Kontrolle

¹ Nachrichtendienst Nr. 9/1999, S. 5.

² Nachrichtendienst Nr. 12/1998, S. 46f.

³ Siehe z.B. Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1998, Berlin 1999, S. 67.

⁴ Nachrichtendienst Nr. 4/2000, S. 48f.

⁵ Seidler, Franz W. (1997): Pauschale Verurteilung verunglimpft einzelne, in: Prantl, Heribert (Hg.): Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse, Hamburg, S. 87-89.

⁶ Vgl. Stern Nr. 11/1998 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.3.1998.

⁷ Nachrichtendienst Nr. 5/1998, S. 31-34.

⁸ Nachrichtendienst Nr. 2/2000, S. 51-55.

der Informationswege, um die Bundeswehr vor Neonazis zu schützen. Daß unser vor zwei Jahren hoffnungsvoll begonnenes Projekt, mit Hilfe der Bundeswehr junge wehrpflichtige Neonazis zu resozialisieren, den Bach herunter ist, nehmen wir resigniert zur Kenntnis. Spätfolgen der Pressekampagne aus dem letzten Sommerloch”.⁴

Das ist eine wirklich groteske - ja gefährliche - Interpretation. Schon die Relativierung der Vorfälle und die Diffamierung ihrer Veröffentlichung allein sind ein Skandal: Die Aufdeckung ist demnach nichts als “eine Pressekampagne”, die Meldungen über Rechtsextremismus in der Bundeswehr sind nur Themen aus dem “Sommerloch”?

Der Clou aber ist der Glaube an eine “Resozialisierung” rechter Soldaten durch die Bundeswehr, der nicht von großer Detailkenntnis getrübt daherkommt. Daß die Bundeswehr für Rechte attraktiv ist, hatte das bundeswehreigene Sozialwissenschaftliche Institut intern schon 1993 in überraschender Deutlichkeit nach der Befragung von über 800 Jugendlichen zu ihren politischen Orientierungen und der Einstellung zur Bundeswehr festgestellt: “Die Ergebnisse bestätigen klar den Zusammenhang zwischen politischer Rechtsorientierung und der Affinität von Heranwachsenden (16-18jährigen) zur Bundeswehr”, heißt es da.⁵ Auch das Hochschuldidaktische Zentrum der Bundeswehr-Universität Hamburg kam in einer repräsentativen Befragung der Studentengänge 1991-1994 (alles Offiziere bzw. Offiziersanwärter) zu deutlichen Ergebnissen: “Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Bundeswehr-Studenten sehen ihre politische Position ... rechts von der Mitte”. Jeder sechste Student bezeichnete seine politische Einstellung demnach als rechtskonservativ oder national-konservativ. Besonders bei ihnen sei eine Neigung erkennbar, “die demokratischen Prinzipien der politischen Auseinandersetzung in stärkerem Maße in Frage zu stellen”.⁶ Die frühere Wehrbeauftragte des Bundestages, Claire Marienfeldt, hatte in ihrem Jahresbericht 1997 geäußert, sie beobachte mit Sorge, “daß innerhalb der Bun-

deswehr ... die gebotene Distanz zur deutschen Wehrmacht insgesamt, aber auch zu einzelnen Personen aus der deutschen Wehrmacht nicht immer und überall eingehalten wird".⁷ Der Kommandeur der Kaserne in Bad Frankenhausen meinte: "Wer als braunes Blatt in die Bundeswehr kommt, wird sie nach zehn Monaten nicht als weißes Blatt verlassen".⁸ Anscheinend ein wirklich geeignetes Klima für Rechts-extreme, sich von der Szene zu lösen, ein "Tor zum Ausstieg", wie Herr Roewer meint! Und während der Bundeswehr-Geheimdienst Militärischer Abschirmdienst vor der Unterwanderung der Bundeswehr durch Rechtsextreme warnte,⁹ fühlte sich der Thüringer Verfassungsschutz quasi als Instanz der Sozialarbeit, die "Projekte" organisiert, um rechtsextreme Soldaten "zu resozialisieren"? Heilige Einfalt - man könnte lachen, wenn die ganze Angelegenheit nicht so ernst wäre!

Die Kaserne in Bad Frankenhausen hieß in der DDR übrigens noch Robert-Uhrig-Kaserne. Der Kommunist Uhrig leitete eine antifaschistische Widerstandsgruppe in Berlin, wurde im Februar 1942 von der Gestapo verhaftet und im Juni 1944

hingerichtet. Der Bundeswehr war dieser Name nicht opportun und sie nannte sie sofort in Kyffhäuser-Kaserne um. Nach dem Kyffhäuser ist auch der Kyffhäuserbund benannt, ein 1897 gegründeter militärischer Traditionsverband, der bis heute einen großdeutschen Nationalismus propagiert und im Zweiten Weltkrieg die "notwendige Verteidigung des Vaterlandes gegen den Bolschewismus" sieht.¹⁰

Stefan Wogawa

¹ Frankfurter Rundschau vom 9.12.1997.

² Vgl. Ostthüringer Zeitung vom 5.10. und 6.11.1997.

³ Freies Wort vom 16.2.1998.

⁴ Nachrichtendienst Nr. 5/1998, S. 3.

⁵ Kohr, Heinz-Ulrich (1993): Rechts zur Bundeswehr, links zum Zivildienst? Orientierungsmuster von Heranwachsenden in den alten und neuen Bundesländern Ende 1992 (SOWI-Arbeitspapier Nr. 77), München, S. 25.

⁶ Süddeutsche Zeitung vom 2./3.5.1998.

⁷ Deutscher Bundestag - Drucksache 13/10000, S. 9.

⁸ Ostthüringer Zeitung vom 2.2.1998.

⁹ Vgl. Der Spiegel Nr. 19/1998.

¹⁰ Mecklenburg, Jens (Hg.) (1996): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin, S. 337-339.

Rechte Spitzel des Verfassungsschutzes

Nicht nur in Thüringen

"Hinsichtlich der als V-Mann anzuwerbenden Personen gibt es kaum rechtlich verbindliche, die eine oder andere Personengruppe ... ausschließende Kategorien." So heißt es in einem führenden Kommentar zum Recht der Nachrichtendienste.¹ Dessen Autor, Helmut Roewer, wurde im Juni vom Posten als Chef des Thüringer Verfassungsschutzes suspendiert. Das Amt – so ein Bericht des ZDF-Politmagazins Kennzeichen D vom 7. Juni – hatte über Jahre hinweg den Neo-Nazi Thomas Dienel als V-Mann geführt.

Wie Innenminister Christian Köckert (CDU) am Tage nach der Kennzeichen D-Sendung bestätigte, hat Dienel 1996-97 insgesamt 25.000 DM Honorar für die Informationen erhalten, die er dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) bei rund 80 Kontakten lieferte. Dienel selbst ließ verlauten, das Geld, das er stets als Spende verstanden habe, u.a. für die Herstellung von Propagandamaterial der rechtsextremen Szene verwendet zu haben. Darüber hinaus habe er Informationen über Polizeieinsätze und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft erhalten. Man habe ihm auch Unterstützung bei laufenden Gerichtsverfahren zugesichert.

Wie bei Geheimdienstaffären üblich wurde die eigentliche Debatte ins Dunkel der Parlamentarischen Kontrollkommission abgeschoben. Der Auseinandersetzung in einer öffentlichen Landtagssitzung konnte sich der CDU-Innenminister zwar entziehen. Angesichts des öffentlichen Drucks sah er sich jedoch noch am Tage nach der Sendung gezwungen, LfV-Präsident Roewer "bis zur Klärung aller Vorwürfe" zu beurlauben. Köckert erklärte die Suspendierung mit einer langen Reihe von "Pannen, Indiskretionen und internen Auseinandersetzungen". Dienels Einsatz sei nicht Ursache, sondern nur Anlass gewesen.²

Roewer, der zuvor in der Verfassungsschutz-Abteilung des Bundesinnenministeriums tätig gewesen war, hatte seinen Job als Präsident des Thüringer LfV 1994 angetreten. Sein Vorgänger Harm Winkler war dem Innenministerium offenbar zu liberal gewesen. Unter CDU-Innenminister Köckert, der nach den Wahlen 1999 sein Amt antrat, hatte der LfV-Chef "freie Hand und mein volles Vertrauen".³ Im Sommer 1999 beurlaubte Roewer den LfV-Referatsleiter Rechtsextremismus. Der Mann, der gleichzeitig als Personalrat aktiv war, setzte sich gegen den de facto Rauschmiss gerichtlich und öffentlich zur Wehr. Das Ergebnis des Verfahrens steht noch aus. Auch Innen-Staatssekretär Manfred Speck unterlag im Machtkampf mit dem LfV-Präsidenten und musste im April dieses Jahres abtreten.

Thüringer Einäugigkeit

Hart gegen links, insbesondere gegen antifaschistische und antirassistische Bündnisse, verharmlosend gegen die extreme Rechte – so lässt sich die Linie zusammenfassen, der das LfV in den sechs Jahren unter Roewers Führung folgte. Neben der Gewinnung von Informationen durch "nachrichtendienstliche Mittel" – Observationen, Überwachungen und der Einsatz von Spitzeln – ist es vor allem die Erarbeitung von Dossiers und deren gezielte Weitergabe gewesen, die das Vorgehen gegen die Linke prägten. Was das heißt, zeigte sich sehr deutlich im Oktober 1997 an den Vorgängen rund um die schließlich verbotene antifaschistische Demonstration in Saalfeld. Im Vorfeld der Demonstration hatte das LfV Politiker, Medien und Versammlungsbehörden gezielt mit denunziatorischen Informationen über die OrganisatorInnen ver-

sorgt und damit die Grundlage für das Verbot geliefert. Das breite Bündnis aus Gewerkschaften, PDS, Grünen und Autonomen – ein Ergebnis jahrelanger kontinuierlicher antifaschistischer Arbeit in Thüringen – erschien dem Amt offenbar als die größte Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Lande. Es ließ sich weder durch Verbote noch durch ausgrenzende Angebote der SPD spalten. Die Demonstration fand dennoch statt, allerdings unter massivem Polizeieinsatz. Die von der CDU und großen Teilen der SPD betriebene Trennung in Böcke und Schafe, in böse Autonome und couragierte BürgerInnen war nicht möglich. Die zum Kernbestand der staatsschützerischen Ideologie zählende Vorstellung von der verfassungsfeindlichen Unterwanderung und Beeinflussung demokratischer Organisationen wurde massiv in Frage gestellt.

Roewer, der in einem Referat im LfV am 13. März dieses Jahres Faschisten und Antifaschisten als “siamesische Zwillinge” bezeichnet hatte, musste auch nach Saalfeld alles daran setzen, diese öffentliche Infragestellung aus der Welt zu schaffen. Das wichtigste Instrument hierfür waren die Berichte, die das LfV monatlich an Behörden und Einzelpersonen verschickt. Im März 1998 wurde dem DGB-Bildungswerk Thüringen ein Auszug aus einem solchen Bericht zugespielt. Informiert wird darin über eine Demonstration zur Unterstützung der Rechte von Flüchtlingen, bei der die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende und der Probst des evangelischen Kirchenkreises Erfurt Ansprachen gehalten hatten. Die Anmelderin der Demo, eine Mitarbeiterin des DGB-Bildungswerks Thüringen, wird darin mit vollem Namen und in ihrer Funktion als Mitglied des Thüringer Flüchtlingsrats genannt. Gegenüber der eingeschalteten Landesdatenschutzbeauftragten rechtfertigte das LfV diese Berichterstattung damit, dass an der Demo auch Autonome teilgenommen hätten.

Seit wann diese Berichte erscheinen, ist nicht bekannt. Auch die Auswahlkriterien für BezieherInnen und die Auflage sind unklar. Zum Adressatenkreis zählen aber mit Sicherheit Versammlungsbehörden, BürgermeisterInnen, Polizeidienststellen, MedienvertreterInnen und Personen des öffentlichen Lebens, die für wichtig genug erachtet werden, regelmäßig durch das LfV unterrichtet zu werden. Die Funktion der Berichte besteht sowohl in der konkreten Denunziation als auch in der Legitimation der eigenen Tätigkeit. Die Postille transportiert Staatsschutzideologie, sie warnt gesellschaftlich wichtige Stellen vor den “Feinden der Demokratie”. Gleichzeitig präsentiert sie sich als Element der “neuen Transparenz”, mit der die VerfassungsschützerInnen ihr Schlapphut-Image aufpolieren möchten. Die Berichte des LfV gewähren einen Einblick in die Denkweisen des Amtes und seines Präsidenten. Einerseits werden nahezu alle linken politischen Aktionen aus den Bereichen Atom, Krieg/Frieden, Antifa, Flüchtlinge, Soliarbeit präsentiert. Nach wie vor wird selbst über kleinste Organisationen minuziös berichtet. Im Jahresbericht 1997 des LfV wurden im Bereich Linksextremismus in der Rubrik Anti-Atom-Bewegung auch die Grünen als Unterstützer und die DGB-Jugend als Anmelderin einer Anti-AKW-Demonstration genannt und damit in eine “linksextremistische” Ecke gestellt.⁴ Andererseits begrenzt

sich das Wahrnehmungsfeld im rechten Bereich größtenteils auf Parteien, Skin-Musik und Kameradschaften. Übergänge zur konservativen Politik, wie z.B. in den Burschenschaften, fanden erst Eingang, nachdem antifaschistische Gruppen ihre eigenen Recherchen öffentlich gemacht hatten.

Im Februar 2000 geriet das LfV in die Schlagzeilen, als kurdische Flüchtlinge aufdeckten, dass sie von Mitarbeitern des Amtes unter Druck gesetzt worden waren. Sollten sie nicht bereit sein, Informationen über die Arbeit der PKK an den Verfassungsschutz zu liefern, würde dies negative Auswirkungen auf ihren Aufenthaltsstatus haben.⁵

In der Zeit von Ende 1999 bis Mai 2000 mehrten sich in Thüringen rechte Aufmärsche. Die Polizeiführungen unterschätzten in vielen Fällen die Zahl der TeilnehmerInnen. In ungewohnter Öffentlichkeit machten daraufhin hohe Polizeibeamte ihrem Unmut über die fehlenden oder falschen Einschätzungen des LfV Luft. Offenbar hat die Konzentration des Amtes auf die Linke und seine unter Roewer klar manifestierte ideologische Ausrichtung zu einem langfristigen Beobachtungsdefizit im Bereich des Neofaschismus geführt. In dieser Linie stand offenbar auch die Erklärung des Innenministeriums, der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge könne auch von linken Tätern verübt worden sein.⁶

Zu den ausgewählten Beobachtungsobjekten des LfV zählen insbesondere diejenigen innerhalb der Linken, die für eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Strömungen stehen. Gewerkschafter, wie der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Angelo Lucifero, finden ebenso immer wieder Erwähnung, wie der Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König. Die Junge Gemeinde (JG) in Jena, die sich konsequent gegen Neofaschismus positioniert und wiederholt von Neo-Nazis angegriffen wurde, ist aktuelles Beispiel für die denunziatorische Arbeit des LfV. Schon 1998 hatte das Amt den DGB-Kreis Ostthüringen vor einem Straßentheaterstück der JG, das die Gefährlichkeit von Neo-Nazis eindrücklich darstellt, gewarnt und – vergeblich – von einer Zusammenarbeit mit der JG abgeraten. Am 30. Mai 2000 stellten Roewer und Köckert in Jena einen Film über Extremismus in Thüringen vor, der im Auftrag des “Heron”-Verlags und von Reyk Seela (CDU-MdL) bei Jena-TV erstellt worden war. Als Beispiel für Rechtsextremismus wird darin die NPD, für Linksextremismus die Junge Gemeinde (JG) Jena genannt. Der Landesjugendring forderte die Landesregierung in einem offenen Brief auf, den Film wegen dieser Gleichsetzung nicht zu verbreiten.

Der NPD gelingt es seit zwei Jahren, einen rasanten Zulauf aus militanten nationalen Kameradschaften und Thüringer Heimatschutz in sich zu bündeln. Sie hat sich zur mobilisierungstärksten Kraft im neofaschistischen Spektrum entwickelt. Im April stellte die Kameradschaft Gera den Steckbrief eines Gewerkschafters mit Fotos ins Internet, im Mai kam der Steckbrief des Stadtjugendpfarrers aus Gera hinzu. In derselben Woche verteilte die Kameradschaft Eisenach Flugblätter (“Achtung Linksextremist”) gegen einen Gewerkschafter. Im Juni tauchten im Stadtbild von Gera “Spuckis” mit dem Bild des Geraer Gewerkschafters auf. Zwei Tage nach der Vorabveröffentlichung des genannten Films und der Berichterstattung der örtlichen Presse, am Himmelfahrtstag, wurde die

Junge Gemeinde von ca. zehn rechten Jugendlichen überfallen. Der Jugendpfarrer erlitt durch gezielten Schläge und Tritte gegen den Kopf eine Gehirnerschütterung. Die Denunziationen des LfV haben nicht nur ihre Wirkung auf staatliche Behörden, sie stellen gleichzeitig eine konkrete Gefährdung der auf diese Weise gebrandmarkten dar. Auch nach Roewers Suspendierung setzt das LfV die Monatsberichte fort, im Bericht vom Mai fehlte allerdings das Vorwort des Präsidenten.

Unsicher ist hingegen die Zukunft des gegenüber der Thüringer CDU-Parteizentrale residierenden "Heron"-Verlags, an dem Roewer einige Anteile halten soll. Der Verlag hat gute Geschäfte mit dem LfV gemacht. Von den Titeln der Reihe "In guter Verfassung – Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz" waren beträchtliche Teile der Auflage vom Amt selbst aufgekauft worden.⁷

Rechtsextreme V-Leute – keine Thüringer Spezialität

Thomas Dienel ist nicht der erste Verfassungsschutz-Spitzel in der rechten Szene, der "aus dem Ruder läuft". V-Leute, die die rechtsextremen Gruppen, über die sie dann Berichte schrieben, erst aufbauten, und Rechtsextreme, die zum Schein als V-Leute arbeiteten, durchziehen die Geschichte des deutschen Inlandsgeheimdienstes seit den 70er Jahren.⁸

Ende der 70er Jahre bastelte der V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes Hans Dieter Lepzien selbst die Bomben für die Attentate der in Niedersachsen operierenden "Gruppe Otte". Lepzien war ebenfalls Mitglied der NSDAP/AO. In letzterer war auch Werner Gottwald aktiv, der bis Ende 1980 für das niedersächsische LfV als V-Mann diente. Als solcher nahm er nicht nur an der Gründung der NSDAP/AO teil, sondern besorgte für diese auch Waffen.

Norbert Schnelle, zunächst Mitglied der NPD-Jugendorganisationen "Junge Nationaldemokraten" (JN), dann der "Nationalistischen Front" (NF), war von 1983-1985 V-Mann des nordrhein-westfälischen LfV. Er war beteiligt an mehreren Straftaten und warnte seine Kameraden vor Hausdurchsuchungen. Für seine wertlosen Informationen erhielt er 14.400 DM, von denen er und NF-Chef Meinolf Schönborn ihre Parteiarbeit mitfinanzierten. In der Emdener "Kampfgemeinschaft Nationaler Sozialisten", so ergab ein Prozess vor dem Landgericht Aurich 1984, agierte ein V-Mann des niedersächsischen LfV namens Joachim Apel. Er beteiligte sich nicht nur an der Propaganda-Arbeit, sondern besorgte Waffen und half bei Brandanschlägen.⁹

In Witten stellte sich 1988 Andreas Szypa (FAP) dem nordrhein-westfälischen LfV als V-Mann zur Verfügung. Er hatte dafür grünes Licht von zwei Funktionären seiner Partei erhalten, der er vor Beginn die Abführung der Hälfte seiner Honorare garantiert hatte. Bernd Schmitt, V-Mann des LfV in NRW, baute Anfang der 90er in Solingen den "Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband" auf, in dem auch die rechtsextremen Attentäter von Solingen verkehrten, und übernahm den Saalschutz für die "Deutsche Liga" in Köln. Michael Wobbe, Rechtsextremist aus Quakenbrück, wurde 1992 als V-Mann des niedersächsischen

LfV verpflichtet und avancierte danach zum Sicherheitschef bei der Nationalistischen Front. Ohne sein Zutun sei "so manche Kameradschaft gar nicht erst entstanden", erklärte er 1996 in einem Interview.¹⁰

Im November 1999 enttarnte sich Michael Grube aus Grevesmühlen als V-Mann des LfV Mecklenburg-Vorpommern. Wie im Fall des Thomas Dienel, war auch er vorher einschlägig aufgefallen. Im Auftrag des LfV hatte er sich zum Kreisvorsitzenden der NPD wählen lassen und trat 1998 zur Landtagswahl auf ihrer Liste an. Im März 1999 beteiligte sich Grube an der Planung und Durchführung eines Brandanschlages auf eine Pizzeria. Vom LfV hatte Grube auch Listen mit Namen vermeintlicher Linker aus Wismar und Umgebung erhalten.¹¹

Das Brandenburgische LfV führte über Jahre hinweg einen Neonazi als V-Mann, der 1995 wegen versuchten Mordes an einem nigerianischen Flüchtling verurteilt worden war. Bereits kurze Zeit nach der Verurteilung war Carsten S. auf Freigang und betätigte sich auf Geheiß des LfV für ein Honorar von monatlich bis zu 1.000 DM in seinen alten politischen Kreisen. Der Anfang Juli 2000 "abgeschaltete" V-Mann organisierte noch im Juni eine NPD-Demonstration in Königs Wusterhausen.¹²

Ausblick

Im Fall Dienel hat Innenminister Köckert den ehemaligen Justiz-Staatssekretär Karl-Heinz Gasser mit einer Untersuchung beauftragt. Von Gasser, der bis zur Übernahme seines Auftrages das LfV in dem o.g. Rechtsstreit mit dem suspendierten Referatsleiter vertrat, ist kaum zu erwarten, dass er die grundsätzliche Frage, nämlich: ob der Einsatz von V-Leuten in der rechten Szene nicht gezwungenermaßen zu einer Unterstützung derselben führt, stellen wird. Die oben nur kurz dokumentierten Fälle machen klar, dass der Verfassungsschutz nicht demokratischer wird, wenn er auf dem bisher weitgehend blinden rechten Auge mehr sehen würde. Die Landessprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Astrid Rothe und der PDS-Landtagsabgeordnete Steffen Dittes haben daher zu recht erneut die Abschaffung des Geheimdienstes gefordert.

Christoph Ellinghaus

¹ Roewer, H.: Nachrichtendienstrecht der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1987, S. 119

² Frankfurter Rundschau v. 9.6.2000; Thüringer Landeszeitung v. 9.6.2000

³ ebd.

⁴ Thüringen, Innenministerium: Verfassungsschutzbericht 1997, Erfurt 1998, S. 69

⁵ Neues Deutschland v. 18.2.2000

⁶ Frankfurter Rundschau v. 22.4.2000

⁷ Thüringer Allgemeine v. 9.6.2000

⁸ Quelle für Fälle, sofern nicht anders vermerkt: Schröder, B.: Der V-Mann, Hamburg 1997

⁹ die tageszeitung v. 1.12.1984

¹⁰ die tageszeitung v. 13.5.1996

¹¹ Berliner Zeitung v. 2.11.1999, Die Zeit v. 18.11.1999

¹² Der Spiegel 2000, Nr. 28 v. 10.7.2000

Die Extremisten-Theorie

Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz 1999

Seit Jahren folgt die Landesregierung Thüringens (unabhängig von ihrer jeweiligen Zusammensetzung) der Leitlinie des langjährigen Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Roewer: In Thüringen gebe es kein rechtes Problem, zumindest keines, das im Vergleich mit anderen Bundesländern überproportional sei. Stattdessen wird der Blick wieder und wieder auf angebliche linke Extremisten gerichtet, die im April 2000 für einige Tage sogar als mögliche Attentäter auf die jüdische Synagoge in Erfurt galten. Konkrete Antworten auf die Frage, warum linke Gruppen und Initiativen, aber auch Gewerkschafter und Kirchengruppen in Thüringen als extremistisch bewertet werden, bleiben Landesregierung und Verfassungsschutz schuldig. Vielleicht hilft der Blick in den Verfassungsschutzbericht 1999.

Zunächst einige statistische Angaben:

1. Für die von der Landesregierung vertretene Gleichsetzung von links und rechts spricht der Umfang der jeweiligen Abschnitte im Jahresbericht: Jeweils etwa fünfzig Seiten werden dem Rechts- und Linksextremismus gewidmet. Indes: Dies sagt nur etwas über den Arbeitsauftrag und –aufwand der MitarbeiterInnen des Verfassungsschutzes aus, überhaupt nichts über die Berechtigung ihrer Gleichsetzung. Die Angaben des VS über die (vermeintlichen) Mitgliederzahlen ergeben anderes: 1.520 Personen werden den rechtsextremistischen Gruppierungen zugerechnet (gegenüber 1998 eine Steigerung um 15 Prozent, gegenüber 1997 um 56 Prozent), zwischen 520 und 620 Menschen den als linksextremistisch eingestuften Gruppierungen.¹ Anders das Verhältnis der für die jeweilige politische Richtung zuständigen Verfassungsschutz-Mitarbeiter, der "Stern" zitiert: "Ein Verfassungsschützer beklagt jedenfalls, im Amt kümmern sich neun Mitarbeiter um fünfzig gewaltbereite Linke, während für 1.500 gewaltbereite Rechte vierzehn Leute abkommandiert sind."²
2. Ein noch deutlicheres Bild ergibt sich, wenn die Angaben über Straftaten gegenübergestellt werden. Dies geschieht zwar unter dem Vorbehalt, dass der Bericht unterschiedliche Kategorien bildet, ist aber in einer Saldierung dennoch markant:³

Tatbestand	Rechts	Links
Propagandadelikte	939	
Landfriedensbruch	5	6
Störung öffentlichen Friedens / Bedrohung	9	
Volksverhetzung	87	
Körperverletzung	38	3

Tatbestand	Rechts	Links
Sachbeschädigung	18	4
Brandstiftung	1	
Sonstige	21	
Schmierereien mit politischem Inhalt		31
Straftaten gesamt	1.118	52

Eifrigen RechnerInnen wird dabei folgendes auffallen: Während die Statistik für den Bereich Rechtsextremismus mathematisch korrekt addiert ist, ergibt sich für den Bereich angeblicher Linksextremisten ein Fehlbestand von acht Straftaten: 52 sind insgesamt registriert, aber nur 44 aus der Addition ableitbar. Ein Anhaltspunkt, worin die fehlenden Straftaten (immerhin etwa fünfzehn Prozent) bestanden haben könnten, findet sich nicht – das gilt übrigens gleichermaßen für die "linke" Statistik 1997 und 1998. Auf jeden Fall ist dies alles nicht zur Beantwortung der Frage geeignet, warum Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen als Bedrohung für Thüringen gelten müssen.

In einem vom Landesamt für Verfassungsschutz geförderten Filmprojekt wird Jena als eine Hochburg des angeblichen Linksextremismus benannt: "Jugendlicher Extremismus in der Mitte Deutschlands – Szenen aus Thüringen" heißt das Projekt hochtrabend, das in Wirklichkeit nur Bilder aus dieser einen Stadt zeigt. Wenn aber die Saalestadt nun als linksextremistische Hochburg gilt, lohnt sicherlich ein genauerer Blick auf das, was aus dieser Region im Jahresbericht Erwähnung findet. Und dabei findet sich folgendes erstaunliche Beispiel für linken Extremismus:

Für den 1. Dezember 1999 hatte die Jenaer Burschenschaft "Jenensia" zu einer Veranstaltung unter dem Titel "Müssen wir Deutsche uns ewig schuldig fühlen" geladen. Burschenschaften sind in der Universitätsstadt nicht ungewöhnlich, allerdings war die "Jenensia" in der Vergangenheit wiederholt dadurch aufgefallen, dass Mitglieder der NPD und des "Thüringer Heimatschutzes" (THS, einer Organisation der militanten Anti-Antifa) bei ihren Veranstaltungen aus- und eingingen. Referent sollte zudem Peter Dehoust sein, ehemaliger NPD-Funktionär und nun Leiter des neurechten "Nation-Europa-Verlages", in dessen Zusammenhang er für eine vereinigte Rechte wirbt. Das Jenaer Bündnis gegen Rechts rief also auf, am 1. Dezember gegen diese Veranstaltung zu protestieren. Tatsächlich war dann unschwer festzustellen, dass wiederum örtliche Aktivisten der REPUBLIKANER, des THS, der NPD und der Jenensia einträchtig beieinander saßen und Nazi-Skins den "Schutz" der Veranstaltung organisierten.

Sucht man nun im Jahresbericht nach dieser rechten Bündnisveranstaltung, so wird man überraschenderweise nicht im

Komplex Rechtsextremismus fündig, sondern bei der Linken: Eine Seite ist es dem Verfassungsschutz wert, die Protestveranstaltungen des Jenaer Bündnis gegen Rechts darzustellen, akribisch werden Texte von Transparenten (“Burschenschaftler sind Faschisten”, “Antifaschistische Selbsthilfe organisieren”) notiert, ebenso das Skandieren eines Rufes “Deutsche Polizei schützt Faschisten”.⁴ Daraus muss geschlossen werden: Die Neonazi-Veranstaltung interessierte die Verfassungsschützer überhaupt nicht, stattdessen wurden intensiv jene beobachtet, die gegen das ungestörte Treiben der Rechten protestierten. Friedlich übrigens, wie auch die Medien berichteten.

(Am Rande sei vermerkt, dass es nach dieser Veranstaltung zum Bruch innerhalb der Burschenschaft Jenensia kam: Ein Teil ihrer Mitglieder wurde wegen ihrer intensiven Beziehungen zu Neonazis ausgeschlossen und gründete daraufhin unter dem Namen Normannia umgehend eine neue Burschenschaft, wodurch zumindest deutlich wird, dass auch eine universitäre Organisationsform der Jenaer Rechtsextremisten gewünscht wird.)

Überhaupt wird intensiv über die angeblichen Linksextremisten Jenas berichtet: eine Funktionärin der Kommunistischen Plattform der PDS mit Namen und Bild, Protestaktionen gegen den Kosovo-Krieg, eine Antirepressionsgruppe sowie das Antifa-Archiv Jena. Letzteres ist wiederum wichtig genug für fast eine Seite, um seine (verfassungsfeindlichen?) Ziele aufzulisten:

- Einrichtung einer Informationsstelle für Thüringen,
- Sammlung, Dokumentation und Archivierung rassistischer Vorfälle,
- Informationssammlung über Aktivitäten und Strukturen von Neonazis,
- Angebot von Literatur zum Thema,
- Sammlung von Lageeinschätzungen aus Antifa-Gruppen und schließlich
- Herstellung einer breiteren Öffentlichkeit.⁵

Entgegen dem Bericht nicht in Jena stattgefunden hat indes eine Demonstration der NPD mit mehreren hundert Teilnehmern im September 1999: Ihr Austragungsort war Gera. Das der Verfassungsschutz hierfür eine falsche Ortsangabe macht, dient nicht unbedingt der Aufklärung.⁶

Und was erfährt die Leserschaft über den THS? Immerhin ist dessen “Sektion Jena” seit Jahren ein wichtiger Knotenpunkt des Thüringer Rechtsextremismus, sind in diesem Zusammenhang vier Jenaer im Zusammenhang mit Sprengstoff aufgefallen und müssen damit dem potentiell terroristischen Sektor des Rechtsextremismus zugeordnet werden. Also: Es sind 1999 alles in allem dreizehn Zeilen, die der Verfassungsschutz für die militante Anti-Antifa benötigt: Acht Zeilen sind dem Bericht des Vorjahres entnommen, auf den verbliebenen fünf wird immerhin ausgeführt, dass der THS eng mit der NPD zusammenarbeitet und dort vier von elf Kreisvorsitzende sowie vier von elf Landesvorstandsmitglieder stellt.⁷ Über die intensive Zusammenarbeit mit den REPUBLIKANERN, der Burschenschaft Jenensia, der DVU und Nazi-Skins sowie einigen anderen Gruppen des rechten Spektrums findet sich kein Wort.

In den Jahren zuvor, das sei hier nicht verschwiegen, hat das Landesamt intensiver über den THS informiert: Im Jahresbericht 1995 wurde er als Anti-Antifa Ostthüringen mit damals ermittelten achtzig Beteiligten erstmals erwähnt, u.a. hatte die Anti-Antifa am 10. September 1995 eine Kranzniederlegung in Saalfeld mit einer Bombenattrappe bedroht. Im gleichen Bericht informierte der Verfassungsschutz auch über kontroverse Diskussionen Thüringer Rechtsextremisten zur Bildung rechter Terrorgruppen. Demzufolge gab es hier nicht nur, aber eben auch Befürworter einer rechtsterroristischen Strategie. 1997 registrierte der Verfassungsschutz eine auf etwa 120 gestiegene Zahl der Beteiligten, 1998 den Fund von vier funktionsfähigen Rohrbomben in einer Garage, die von den Jenaer THS - Mitgliedern Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe benutzt worden war. Die drei Genannten sind seitdem flüchtig, ein vierter Jenaer “Bombenbastler” sprengte sich im gleichen Jahr beim Hantieren mit seinen Waffen selbst in die Luft.

Insgesamt haben die Jahresberichte seit 1995 keinen Zweifel daran gelassen, dass es in Thüringen bewaffnete rechtsextreme Gruppierung gibt und in ihr auch Befürworter einer rechtsterroristischen Strategie. Dies alles spielt im Bericht für das Jahr 1999 keine Rolle mehr.

Ein Fazit: Der Jahresbericht 1999 berichtet auf etwa fünfzig Seiten über “Linksextremismus”. Damit sind in Thüringen zumeist Menschen und Initiativen gemeint, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren und die seit Jahren jene Zivilcourage zeigen, die in den Sommermonaten 2000 so oft gefordert wird. Ihr Handeln wird also vom Verfassungsschutz im Grunde dem Treiben der Rechtsextremisten gleichgesetzt, sein langjähriger Präsident Roewer formulierte dazu unverblümt: “... beide Szenen brauchen einander ...”.⁸

Im Vorwort zum Jahresbericht 1999 heißt es: “Doch kann auch die Toleranz nicht so weit gehen, es politischen Extremisten ... zu erlauben, die Freiheitsrechte der Bürger ernsthaft zu bedrohen.”⁹ Dem ist zuzustimmen, und es ist dringend erforderlich, dass sich die Gesellschaft Rassismus und Rechtsextremismus in allen Schattierungen (auch den alltäglichen) wirksam entgegen stellt. Alle Appelle in diese Richtung aber sind solange haltlos, solange gleichzeitig ausgerechnet diejenigen zu (Links-) Extremisten erklärt werden, die sich schon seit Jahren in dieser Frage engagieren. Angebracht ist vielmehr eine Diskussion darüber, warum ein Auftreten wie das ihre nicht die gesellschaftliche Regel ist.

K. Schade

¹ Thüringer Innenministerium: Verfassungsschutzbericht 1999, S. 18 bzw. S. 71

² Der Stern vom 4. Mai 2000

³ Thüringer Innenministerium: Verfassungsschutzbericht 1999, S. 69 bzw. S. 120

⁴ Ebenda, S. 114

⁵ Ebenda, S. 116 f

⁶ Ebenda, S. 164

⁷ Ebenda, S. 52 f

⁸ Zitiert nach einem Interview im Film “Jugendlicher Extremismus in der Mitte Deutschlands – Szenen aus Thüringen”

⁹ Ebenda, S. 4

"Arbeitsname Angelo"

In Thüringen werden Gewerkschafter und Antifas bespitzelt und diffamiert

"Der Zug endete mit der Rede eines führenden Gewerkschaftsfunktionärs", gab der Spitzel des thüringischen Verfassungsschutzes anonym zu Protokoll. Beobachtet hatte er eine friedliche antifaschistische Demonstration in Erfurt, die maßgeblich von HBV und DGB mitgestaltet worden war.

Derlei Aufmerksamkeit des "Amtes" hat Methode in Thüringen, wo nach Erkenntnissen von DGB-Landeschef Frank Spieth Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Einrichtungen "systematisch ausgespäht" werden. Viele Hinweise darauf liefert auch die halböffentliche VS-Hauspostille "Der Nachrichtendienst".

So ist der Ausgabe 11/98 zu entnehmen, dass Frank Spieth Kundgebungsredner der eingangs erwähnten Erfurter Antifa-Demo war, die am 7. November 1998 stattfand. Verfassungsschutz-Sprecher Werneburg sieht nichts Anrüchiges in der Namensnennung. Spieth sei in der Rubrik "Der Monat im Amt" erwähnt, nicht im offiziellen Berichtsteil zu extremistischen Bestrebungen, unterscheidet er spitzfindig.

Nach Auskunft Werneburgs wird "Der Nachrichtendienst" seit Mai 1998 monatlich erstellt und zur Lektüre an alle Behörden des Freistaates sowie die übrigen Landesämter für Verfassungsschutz geliefert. Die Gewerkschaften seien, "was mir bekannt ist von den Kontakten mit meinen Kollegen", als Beobachtungsobjekt tabu.

Tatsächlich sind die Horcher und Gucker von Verfassungsschutzpräsident Helmut Roewer auch in dieser Richtung überaus aktiv: "In Thüringen fand in diesem Zusammenhang (Anm.: Kurdisches Neujahrsfest) eine von Gewerkschaften und linken Organisationen initiierte Antirassismus-Demo am 20. März in Altenburg mit etwa 130 Teilnehmern statt", hielten sie im Frühjahr 1999 fest.

"Es geht bei den Überwachungs- und Kriminalisierungsversuchen nicht nur um den DGB oder den Flüchtlingsrat", betont Julika Bürgin vom DGB-Bildungswerk. Als Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrates hatte sie in Erfurt im März 1998 eine Demonstration anlässlich des Tages gegen den Rassismus angemeldet - prompt tauchte ihr Name im Monatsbericht des Verfassungsschutzes auf, obwohl alles friedlich verlaufen war. Wegen der Teilnahme von "Unterstützern aus der örtlichen autonomen Szene", so die nachgeschobene Begründung.

Julika Bürgins Klage auf Streichung ihres Namens ist noch immer anhängig. "Das alles ist nicht in erster Linie ein Datenschutzproblem", erläutert sie. "Es stellt sich die Frage, was für ein Demokratieverständnis dahinter steckt, wenn alle, die sich kritisch mit Staat und Gesellschaft auseinandersetzen, ins Visier des Verfassungsschutzes geraten - Gewerkschafter, Hausbesetzer, AKW-Gegner oder jugendliche Antifas."

Egal, ob eine Weimarer Friedensdemo zum Kosovo-Konflikt ("Mit Teelichtern wurde das bekannte Peace-Zeichen nachgebaut") oder ein Antifa-Workcamp in Buchenwald - Augen

und Ohren des Verfassungsschutzes sind immer dabei, wie seinen Berichten zu entnehmen ist.

Gebaggert wird auch im World Wide Web. Die Auswertung im "Nachrichtendienst" (Juli '98) liest sich dann zum Beispiel so: "Antifa im Internet: Der unter dem Briefkopf der Gewerkschaft HBV agierende Antifaschist F. Lucifero (Arbeitsname Angelo) teilt mit, daß das Hauptproblem des Faschismus nur zu einem Teil die Organisationen seien, zum anderen wesentlicheren Teil sei es diese Gesellschaft." Es folgt der diffamierende Ratschlag an den heutigen HBV-Landesvorsitzenden, in den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit nachzulesen, wie man Normalbürger bespitzelt.

Gespitzelt aber hat der Verfassungsschutz selbst, wobei der Teufel hier buchstäblich im Detail steckt: Angelo (weder Arbeits- noch Deckname) Lucifero war zum Zeitpunkt dieses versuchten Rufmordes noch nie öffentlich mit seinem zweiten Namen Francesco aufgetreten. Antworten auf die Fragen, welche Daten des HBV-Landeschefs der VS speichert und warum Gewerkschafter einem ausgewählten Leserkreis als mutmaßliche Verfassungsfeinde präsentiert werden, verweigert das Landesamt.

Polemisch und richtig leidenschaftlich wird der thüringische Verfassungsschutz immer dann, wenn es gegen links geht - gegen Gewerkschafter, Autonome, Kommunisten/Sozialisten. Dagegen werden rechtsextremistische Aktivitäten zum Teil verharmlost oder gar nicht erst zur Kenntnis genommen.

NPD und Junge Nationaldemokraten galten noch 1998 "als nicht gewaltbereite Organisationen", bei denen nur einzelne Mitglieder auffällig würden. Für einen Skandal sorgte Ex-Verfassungsschutzpräsident Roewer als er im Januar '99 bei einer Podiumsdiskussion forderte, "die guten und die schlechten Seiten" des Dritten Reiches darzustellen, um die Anfälligkeit Jugendlicher für rechtes Gedankengut zu mindern. DGB-Landeschef Spieth und andere Gewerkschafter hatten daraufhin die Abberufung Roewers gefordert.

"Regierungen, die Angst haben vor kritischen Bürgerinnen und Bürgern, gefährden die Demokratie selbst" - ein Satz aus dem Forderungskatalog des thüringischen DGB zu den Landtagswahlen im vergangenen Jahr brachte das politische Klima im Freistaat ziemlich genau auf den Punkt. Diese Einschätzung traf vor dem 12. September 1999 zu und sie gilt erst recht danach. Von der Alleinregierung der CDU war und ist keine "weichere" Spitzelpraxis zu erwarten - höchstens eine perfektionierte.

Andreas Hamann

Beobachtungsobjekt IL Sabotnik

Der Infoladen Sabotnik gehört nicht erst seit seiner Neueröffnung im Juni 1999 zu einem der bevorzugten Ausspähungsobjekte des Thüringer Verfassungsschutzes. Mittlerweile gibt es keinen Monatsbericht mehr, der nicht irgendwelche Vorkommnisse (angefangen von Flugblattaktionen, Kundgebungen bis zur Teilnahme an der Vorbereitung von Demonstrationen) der jeweils letzten vier Wochen dem Infoladen Sabotnik zuschreibt.

Was ist ein Infoladen?

Infoläden entstanden Ende der 70er Anfang der 80er Jahre im gesamten Bundesgebiet vor allem aus autonomen und anti-imperialistischen Zusammenhängen. Es ging darum, ein Konzept der Gegenöffentlichkeit zu entwickeln und Informationen, die von den Massenmedien zurückgehalten wurden, da sie keinen Profit versprachen, einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es sollten z.B. alternative Medien (Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Bücher aus kleineren Verlagen, Videos) angeboten werden. "Unbequeme" Nachrichten, die nicht Einzug in die großen Tageszeitungen fanden, sollten gesammelt, archiviert und wenn möglich in alternativen Medien veröffentlicht werden. Wichtig war dabei immer, auch Texte und Medien anzubieten, die aufgrund ihres Inhaltes kriminalisiert wurden/werden und der staatlichen Repression ausgesetzt sind. Also dem Versuch zu widerstehen, nur in bestimmten "Bahnen" zu denken, eine "Schere im eigenen Kopf" anzusetzen.

Kurze Geschichte des Infoladen in Erfurt

Mit einem ähnlichen Anspruch wurde auch in Erfurt 1991 ein Infoladen gegründet. Dieser befand sich zuerst im AJZ, später in einigen anderen (teils besetzten), selbstverwalteten Häusern, z.B. dem Mainzerhof, der verschiedenen Vereinen und Initiativen Räume bot. Aus dem Korax in der Peter-Cornelius-Straße mußte der Infoladen Anfang 1998 ausziehen, da die Stadt drohte, den Mietvertrag zu kündigen, was später auch tatsächlich geschah. So befindet sich der Infoladen Sabotnik nun seit Juni 1999 in einem Ladenlokal in der Moritzstraße 26.

Was machen wir?

Auch der Infoladen Sabotnik versteht sich als Teil einer kritischen (und immer noch nötigen) Gegenöffentlichkeit. Wir bieten über 1200 Bücher und etwa ebensoviele Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren zum ausleihen, lesen und recherchieren an. Außerdem erfährt mensch bei uns aktuelle Termine oder kann Flugblätter erhalten. Desweiteren steht anderen Gruppen und Initiativen der Infoladen und seine Technik (Computer, Telefon,...) als Büro oder Postadresse zur Verfügung. Wir organisieren auch regelmäßig inhaltliche Veranstaltungen (Referate, Diskussionen, Seminare, Works-

hops) zu verschiedenen Themen. Ebenso halten wir Kontakte zu anderen regionalen linken Gruppen und Initiativen. Und schließlich meldet sich der Infoladen auch zu aktuellen Ereignissen in und um Erfurt zu Wort.

Warum das Ganze?

Wir leben in einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert. Gerade seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und dem damit verbundenen Ende der Systemopposition erscheint der entfesselte Kapitalismus als einzig richtige Organisationsform des Zusammenlebens und Wirtschaftens der Menschen. Dies wird auch mit allen möglichen Mitteln (auch mit sogenannter "staatlicher Gewalt"), an jeder möglichen Stelle demonstriert. Um die Illusion von der unbedingten Vorteilhaftigkeit des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, ist es nötig, Unstimmigkeiten, Probleme, alle negativen Seiten entweder zu ignorieren oder bestimmte Informationen überzubetonen (um damit den öffentlichen Diskurs in die gewünschte Richtung zu drängen). Dies läßt sich u.a. mittels der aktuellen Massenmedienlandschaft organisieren. Denn auch der Nachrichtensektor existiert nicht vom Markt losgelöst. Und so ist die Weitergabe von Informationen auch an die Gesetze der politischen Ökonomie gebunden. Bestimmte Nachrichten sind nicht gut absetzbar, die Nachfrage ist nicht profitversprechend und unterbleibt.

Die gegenwärtige Informationsgesellschaft fördert eine selektive Wahrnehmung von Nachrichten/Informationen. Presse, Rundfunk, Fernsehen und nicht zuletzt das Internet bieten eine wahre Informationsflut an. Diese wird immer unüberschaubarer und so wird oft nur wahrgenommen, was "ansprechend verpackt" ist. Durch die Masse der Informationen sinkt allerdings auch das Interesse der Bevölkerung sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Gerade die Bereitschaft, kritische Nachrichten wahrzunehmen, zu thematisieren und zu reflektieren ist kaum noch vorhanden.

Beispielsweise wird eine Politik der Ausgrenzung und des Rassismus auch bewußt durch Presse, Funk und Fernsehen lanciert. Besonders krass zeigt sich dies seit Beginn der neunziger Jahre. Sowohl die rassistische Politik der Regierung Kohl (und der SPD), als auch die Pogrome von Neonazis in Rostock oder Hoyerswerda wurden in der Presse durchaus zielgerichtet bearbeitet. Mit einer "Das Boot ist voll!"-Rhetorik oder panikmachenden Berichten von "Flüchtlingswellen" und "Schleuserbanden" wurde die faktische Abschaffung des Asylrechtes unterstützt. Dazu wurde Flüchtlingen und Migrant/innen ein hohes "Kriminalitätspotential" zugeschrieben und damit das Bedrohungsszenario noch gesteigert. Oftmals wurden entsprechende "Kriminalitätsstatistiken" unhinterfragt übernommen, ohne beispielsweise zu überdenken, daß Asylbewerber/innen schon eine "Straftat" begehen, wenn sie ohne Antrag ihren Aufenthalts-Landkreis verlassen. Bei den Täter/innen dagegen, den Brandstifter/innen von Rostock, Solingen oder

Mölln wurde selten "kriminelle Energie" festgestellt. Hier wurden entpolitizierende und psychologisierende Gutachten präsentiert, die rechtsradikale Jugendliche zu "Einheitsverlierern", "Opfer sozialen Abstiegs" und vor allem zu Einzeltätern machten.

Daß der gewalttätige, ja mörderische Rassismus der Straße und der institutionalisierte Rassismus der Bundesregierung sich gegenseitig sowohl unterstützten als auch bedingten, diesen Schluß zogen die Medien nicht!

Hier gilt es als unabhängiger Infoladen Einfluß zu nehmen, Hintergrundinformationen zu bringen, vereinfachende Lösungen bloßzustellen und zum kritisch-politischen Denken anzuregen. Auch die Unumstößlichkeit des staatlichen Gewaltmonopols ist zu kritisieren. Gerade im Jugoslawienkrieg von 1999 hat sich gezeigt, daß mit Verweis auf dieses (international ebenfalls eingerichtete) Monopol getötete Menschen als "Kollateralschäden" abgetan werden. Dieses mörderische Gewaltmonopol stellen wir in Frage.

Der Infoladen im Monatsbericht!

Nachdem der Thüringer Verfassungsschutz im September 1998 ausführlich ein Papier zitiert, das in der "...Szene kursiert..." und sich mit Konzepten für/von Infoläden beschäftigt, folgt im März 1999 die erste explizite Erwähnung des Infoladen Sabotnik. Grund war ein Aktionstag gegen die Hinrichtung des von der Todesstrafe bedrohten schwarzen Bürger/innen/rechtlers und Black-Panther-Aktivistin Mumia Abu-Jamal sowie für die Abschaffung der Todesstrafe. "Unterstützt wird die Veranstaltung auch von dem Erfurter Infoladen Sabotnik...". Der Verfassungsschutz sah sich also bemüht, eine Kundgebung, die für die Verwirklichung grundsätzlicher Menschenrechte eintritt, als "verfassungsfeindlich" zu beobachten. Die Forderung an die USA, endlich die Todesstrafe abzuschaffen, die noch dazu überdurchschnittlich oft gegen Afroamerikaner/innen verhängt wird und sich damit als rassistisches Machtmittel entpuppt, wird also hier vom VS mit allen "nachrichtendienstlichen" Mitteln bekämpft!

Im Oktober 1999, nachdem der Hinrichtungstermin für Mumia Abu-Jamal bekanntgegeben worden war (er wurde inzwischen wieder ausgesetzt – Stand Mai/2000), sah sich der Verfassungsschutz genötigt, noch einmal genau die gleichen Erkenntnisse wie vom März im Monatsbericht niederzuschreiben. Grund war die Ankündigung eines weiteren Aktionstages für das Leben von Abu-Jamal und gegen die Todesstrafe. Neue Erkenntnisse waren beim Amt nicht vorhanden. Die Berichte dienen somit der Stigmatisierung von Unerwünschten, die sich an diesen "verfassungsfeindlichen" Kundgebungen für die Abschaffung der Todesstrafe beteiligen.

In der Ausgabe vom Dezember 1999 widmet sich der Monatsbericht auf ganzen 2 Seiten dem Infoladen Sabotnik. Die konkreten Beobachtungsergebnisse muten seltsam an und sind wahrscheinlich nur für "Bücherwürmer" interessant. Der Bericht zitiert, welchen Themen sich unsere Bibliothek widmet. Dann wird auf die Presseerklärung des Infoladens eingegangen, in der ein telefonischer Anwerbeversuch eines

Fünfzehnjährigen durch die Polizei öffentlich gemacht wurde. Zwar wird von einem "angeblich Werbeversuch" gesprochen, doch in einem Zeitungsbericht äußerte das Thüringer Innenministerium wenig später, daß auf derartige Ermittlungsmethoden nicht verzichtet werden kann.

Außerdem wird in jenem Nachrichtendienst 12/99 von einer "Flugblatt-Aktion gegen den 'Eugeniker' Sloterdijk" berichtet. In dem kritischen Flugblatt, daß auf einer Veranstaltung mit dem Philosophen Sloterdijk in Weimar verteilt wurde, sieht der VS eine "Aktion des Erfurter Infoladen Sabotnik...". (Grund dafür ist wohl, daß auf dem Flugblatt als Kontakt die Adresse des Infoladen angegeben wurde.) Detailverliebt wird berichtet, daß vier Personen "...vor Beginn der Veranstaltung Flugblätter..." verteilten. Scheinbar enttäuscht wird festgestellt, daß von den Verteilenden "...während des Vortrages keine Störung..." ausging. Für Mitarbeiter/innen VS ist es wohl schwer zu begreifen, daß hier Menschen - bewußt - versucht haben könnten, einen Dialog einzufordern, zur kritischen Auseinandersetzung anzuregen.

Im Nachrichtendienst 02/00 zeigt sich dann deutlich, daß antifaschistisches Engagement vom Thüringer Verfassungsschutz durchweg als kriminell und zu verfolgend angesehen wird. Am 12. Februar wollte die NPD gegen ein Asylbewerber/innen/heim in Gera aufmarschieren. Der Infoladen wird als Mitorganisator einer angemeldeten Demonstration genannt. Diese solidarisierte sich mit den Flüchtlingen und wandte sich gegen die rassistische Hetze der NPD. Bei der Wiedergabe der Ereignisse tritt unübersehbar das krude, völlig unzulängliche "Extremismus-Weltbild" des VS zu Tage. Wenn Herr Roewer in der Rubrik "Der Monat im Amt" schreibt: "Die NPD sattelt auf das Thema Asylbewerberunterkunft auf...", zeigt dies nur, daß er die letzten zehn Jahre scheinbar verschlafen hat. Seit der "Wiedervereinigung" helfen sich Regierungen und Neonazis - wenn auch nicht bewußt - gegenseitig dabei, gegen Flüchtlinge vorzugehen. Die faktische Abschaffung des Rechtes auf Asyl, unter dem Eindruck der Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, bestärkte die militante Rechte nur noch in ihrem Vorgehen. Das die NPD "neuerdings" auch gegen Flüchtlingsunterkünfte wettet, ist schlicht eine Lüge und reiht sich nur nahtlos in die Verharmlosungstaktik des VS ein. Dieser Taktik ist lieber, rechte Entwicklungen zu verschweigen oder Kleinzureden, als eine breite gesellschaftliche Diskussion zur Bekämpfung des Neofaschismus zuzulassen. In Bezug auf den Neonazi-Aufmarsch in Erfurt am 26. Februar äußert Roewer in der Rubrik "Monat im Amt": "326 Nazis bevölkern die Erfurter Innenstadt...Dafür unternehmen,...teils vermummte Antifaschisten...die notwendigen Anstrengungen, um auf den Aufzug aufmerksam zu machen".

In einem Vortrag im "Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz" trieb er die Diffamierung couragierten Auftretens gegen Neonazis auf die Spitze. "Rechtsextremismus und Antifa sind in Thüringen untrennbar wie siamesische Zwillinge". Eine inhaltliche Auseinandersetzung muß nach dieser Pauschaleinschätzung nicht mehr erfolgen. Das Aufrechterhalten dieser Extremismus-Ideologie dient schlußendlich nur dem Prinzip der Selbsterhaltung. Feindbilder, und damit potentielle "Beobachtungsobjekte" sind leicht zu konstruieren.

ren. Und: "allein die Frage zu stellen, was passieren würde, wenn wir bestimmte liebgewonnene [sic!] Beobachtungsfelder in Zukunft ignorieren würden, finden etliche nicht komisch". Solange Neonazis versuchen, Flüchtlinge, Ausländer/innen, Menschen mit Behinderung oder einfach nur nicht-rechte Jugendliche anzugreifen und die Regierenden rassistische Gesetze erlassen und beibehalten, wird es antifaschistischen Widerstand geben. Inklusive der Beobachtung durch den VS!

Als Kommentar zu einem antifaschistischen Mahngang zum Jahrestag der Machtübertragung auf Hitler am 30. Januar in Weimar fällt Herrn Roewer im Nachrichtendienst 01/00 nur die Frage ein, "...ob sie [die Teilnehmer/innen des Mahngangs, Anm. d. Verf.] ahnen, wie es vor 67 Jahren auf den Straßen zugeht?"! Ob Herr Roewer es ahnt Widerstand scheint zwecklos.

Auf Seite 36 des Nachrichtendienstes 02/00 wird thematisiert, daß in der "...Erfurter Szene.." die "...Revolutionären Zellen (RZ)/Rote Zora...weiterhin ein Thema..." sind. Kein Wunder, denn 1999 startete die Bundesanwaltschaft eine Festnahmewelle, in deren Verlauf z.B. das alternative Zentrum "Mehringhof" in Berlin von 1000 (!) Polizist/inn/en erfolglos durchsucht wurde. Dies öffentlich zu machen und Menschen zu ermöglichen, sich zu informieren warum die RZ/Rote Zora versuchten, militant gegen diesen Staat vorzugehen, ruft scheinbar zwangsläufig den VS auf den Plan. Beobachtungsergebnis: "Um eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen, legte die 'Crew' Informationsmaterial im Erfurter Infoladen aus." Wie der Name schon sagt - ein Infoladen eben.

Fazit

Der Verfassungsschutz hat - wie sein Name schon sagt - die Aufgabe, die Verfassung der Bundesrepublik zu schützen. Das heißt, er muß all diejenigen bekämpfen, die meinen, daß schon in der Verfassung Ausgrenzung bzw. Ausbeutung bestimmter Menschen oder Menschengruppen begründet liegen. Mit der Beobachtung des und der Berichterstattung über den Erfurter Infoladen verfolgt der Verfassungsschutz demnach zweierlei Interessen. Zum einen soll damit jegliches Engagement für eine Zukunft jenseits der Verfassung dieser Gesellschaft delegitimiert werden. Ein Engagement also, daß sich gegen rassistische Selektion und patriarchale Rollenzuschreibungen genauso richtet, wie gegen die weltweite Hackordnung, in der einkalkuliert wird, daß Menschen (ver)hungern. Zum anderen soll der - dem Verfassungsschutz Arbeitsplätze sichernden - autonomen Bedrohung eine konkrete Gestalt gegeben werden. Wenn das Thüringer Innenministerium seine Bezeichnung aller linken Jugendlichen als "Autonome" aufgrund von Elternprotesten immer wieder zurückziehen muß, dann müssen irgendwann mal die echten "autonomen Drahtzieher/innen" gefunden werden, die hinter dem ganzen Spu(n)k¹ stecken. Diese Menschen und Einrichtungen können dann relativ leicht präsentiert und mit Repressionsmaßnahmen überzogen werden.

*Our task is to make government impossible
Infoladen Sabotnik*

¹ Der Verfassungsschutz scheint im Jahresbericht 1999 begriffen zu haben, daß die spunk, munk, spock, umtrunk, schule, stunk, speck usw. keine Publikation des Infoladen Sabotnik ist.

Zum Weiterlesen:

- Michael Arnold, "Erst Animieren Dann Denunzieren Verfassungsschutz in Sachsen" herausgegeben von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Sächsischen Landtag
- Appel/ Hummel/ Hippe (Hg.) "Die Neue Sicherheit Vom Notstand zur Sozialen Kontrolle" Köln 1988
- Berichte des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz 1992 - 1999
- BI " Bürger kontrollieren die Polizei", Bremen 1986 Die unheimliche Sicherheit, Neue Staatsschutzgesetze für Geheimdienste und Polizei
- Bölsche, Jochen, Der Weh in den Überwachungsstaat, Hamburg 1979
- Brückner, Peter, Staatsfeinde Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD, Berlin 1972
- Bürgerkomitee Erfurt, 1990 "Geheimdienste - Nein Danke !"
- Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag NRW, Infodienst Demokratie und Recht Nr.4, Verfassungsschutz außer Kontrolle? Dokumentation von Beiträgen der Anhörung am 15.11.94
- Bündnis90/ Die Grünen im Landtag Niedersachsen, Schattenmänner Kritik der Legalisierung des Verdeckten Vorfeld-Ermittlers
- Cilip, Bürgerrechte und Polizei Nr. 2 und 3/ 1987, Schwerpunkt Verfassungsschutz
- Cobler, Sebastian, Die Gefahr geht vom Menschen aus Der vorverlegte Staatsschutz, Berlin 1976
- 3. Internationales Russell-Tribunal Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1978
- Dress/ Jansen u.a. Wir Verfassungsfeinde, Köln 1977
- Erich Schmidt-Eenboom "Undercover Der BND und die deutschen Journalisten"
- Grauzone, Arbeitsweise und Methoden von Verfassungsschutz - Staatsschutz und Bullen, Dokumentation einer Veranstaltung im EX am 12.9.
- Gero Gemballa, "Geheimgefährlich Verfassungsschutz BND MAD Stasi" Köln 1990
- Helmut Janssen/ Michael Schubert (Hg.) " Staatssicherheit Die Bekämpfung des politischen Feindes im Inneren" Bielefeld 1990
- Kampmeyer/ Neumeyer, Innere Unsicherheit Eine kritische Bestandsaufnahme, München 1993
- Lüdersen, Klaus, V-Leute Die Falle im Rechtsstaat, Frankfurt 1985
- Mecklenburg, Jens Gladio Die geheime Terrororganisation der NATO, Berlin 1997
- PDS Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Presserecherche, Beobachtung von oppositionellen Gruppen und Parteien im Spiegel der Presse, Das Berliner LfV 1980-1996
- Robert Jungk, Der Atomstaat Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, 1977 bei Kindler
- Saskia Henze, Stets zu Diensten Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung, Hmaburg/ Münster 1997
- Thilo Weichert, "Die heimliche unheimliche Behörde Das Landesamt für Verfassungsschutz" herausgegeben von der Fraktion Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, 1987
- Till Müller-Heidelberg u.a. Grundrechtreport 1997, 1998, 1999, Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, roro aktuell
- Verfassungsschutzbericht, ein Blick auf die Arbeit eines Geheimdienstes im Raum Heidelberg, herausgegeben von der Roten Hilfe OG Heidelberg, 1997